

**GRENZGÄNGER
I•N•F•O e.V.**



**AUFENTHALTER
I•N•F•O e.V.**



Ich arbeite in der Schweiz und zahle Steuern

Grenzgänger I•N•F•O e.V. und *Aufenthalter I•N•F•O e.V.*

Zentrale
Lörracher Strasse 50 c
79541 Lörrach – Brombach
Tel: 07621 5083
Fax: 07621 5085
info@grenzgaenger.de

Romanshorneerstrasse 70
CH-8280 Kreuzlingen
Tel: 071 6887803
Aus Deutschland 07531 697855

www.aufenthalter.ch

www.grenzgaenger.de

**Die Vereine Grenzgänger INFO e.V und Aufenthaltler INFO e.V. sind nicht steuerberatend tätig.
Wenden Sie sich in steuerlichen Fragen an Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Steuerbehörden
oder andere nach § 4 Steuerberatergesetz zugelassene Berufe!**

01. Auflage aus 08 / 2013
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers
© Copyright des Grenzgänger I•N•F•O e.V. © Copyright des Aufenthaltler I•N•F•O e.V.

ISBN 9783939039136 € 5,90

DREI AUF EINMAL

366 TAGE GEÖFFNET VON 6-22 UHR

WASCHEN + KOPIEREN + SURFEN



Best Wash
SB-Waschsalon

Best Kopie
SB-kopierstation

Best Surf
SB-Internet

Miele

8 WASCH-/SCHLEUDERAUTOMATEN
UND 5 TROCKNER
DER NEUESTEN TECHNOLOGIE
NEU JUMBO-WASCHMASCHINE 15 KG

DIGITALKOPIERER

A3 UND A4
FARBE UND SCHWARZWEISS

INTERNET SURFEN

11 PLÄTZE
MIT DSL-VERBINDUNG
17"+19"-TFT-MONITORE
FARB-LASER DRUCKER
FSK-SOFTWARE

BROMBACHER STRASSE 74 | **79539 LÖRRACH** | NEBEN DER JET-TANKSTELLE

PARKPLÄTZE DIREKT VOR DEM HAUS

WWW.BEST-WASH.DE

Inhaltsverzeichnis

Seite	4	_____	Vorwort von Dr. Gössler, Berlin und Zürich
Seite	8	_____	Definition Grenzgänger, <i>Aufenthalter</i> Wochenaufenthalter
Seite	9	_____	Grundsätzliches zur Besteuerung
Seite	10	_____	Grenzgänger-Besteuerung im Verhältnis D - CH
Seite	12	_____	60 Tage Regelung
Seite	13	_____	Überblick zur Grenzgängereigenschaft
Seite	14	_____	Ablauf Grenzgänger
Seite	16	_____	Ablauf 60 Tage Regelung
Seite	18	_____	Wochenaufenthalter
Seite	19	_____	Deutsche Besteuerung Ansässigkeit
Seite	22	_____	Doppelwohnsitz Deutschland und Schweiz
Seite	23	_____	Konkurrierende / überlagernde Besteuerung
Seite	25	_____	Wegzug in die Schweiz
Seite	26	_____	Besteuerung in der Schweiz
Seite	28	_____	Quellensteuertabelle
Seite	31	_____	Besteuerung Schweiz im Anschluss an die Quellensteuer
Seite	33	_____	Typische Fragestellungen
Seite	39	_____	Wie sieht die Lohnsteuerkarte Schweiz aus
Seite	43	_____	Fallbeispiel

Die Broschüre wurde mit größter Sorgfalt unter Einbezug moderner Technik erstellt. Eine Haftung für die Texte und Muster kann dennoch nicht übernommen werden.

Die Vereine Grenzgänger INFO e.V und Aufenthalter INFO e.V. sind nicht steuerberatend tätig. Wenden Sie sich in steuerlichen Fragen an Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Steuerbehörden oder andere nach § 4 Steuerberatergesetz zugelassene Berufe!

Weitere Fragen aus oder zu dieser Broschüre können die Vereine nicht beantworten.

Wir geben keine Gewähr für die Richtigkeit der Fundstellen, der Gerichtsurteile, der erwähnten Artikel, Paragraphen oder sonstige Benennungen oder Bezeichnungen.

Die Broschüre wurde mit größter Sorgfalt unter Einbezug moderner Technik erstellt. Eine Haftung für die Texte und Muster kann dennoch nicht übernommen werden.

Vorwort von Rechtsanwalt Dr. Jörg Gössler, Berlin und Zürich

Die Schweiz ist nicht nur aufgrund ihres hohen Lebensstandards eines der beliebtesten Auswanderungsziele der Deutschen und nimmt dabei einen Spitzenplatz ein. Wenn man die Berichterstattung in den Medien verfolgt, sind vor allem steuerliche Aspekte dafür verantwortlich. Welche steuerlichen Folgen eines Wegzugs in die Schweiz sind hier zu bedenken? Was ist dran an dem Steuerparadies Schweiz? Die nachfolgenden Ausführungen sollen die steuerlichen Folgen eines Wegzugs in die Schweiz skizzieren und einen Überblick verschaffen.

Jeder mag seinen eigenen Grund dafür haben, in das beliebte Auswanderungsland Schweiz zu ziehen. Auch das Lohnniveau zieht viele Deutsche in die Schweiz. Dieser Leitfaden möchte allen denjenigen, die sich mit einem Wohnungs- bzw. Arbeitswechsel Richtung Schweiz beschäftigen, eine Hilfestellung geben, wobei der Schwerpunkt im Steuerrecht liegen soll.

Arbeits-, ausländerrechtliche sowie sozialrechtliche Unterschiede werden in den anderen Broschüren der Vereine Grenzgänger I•N•F•O e.V. © Copyright des Aufenthalter I•N•F•O e.V. weiter ausgeführt und sollen hier nicht dargestellt werden.

Dieser Leitfaden richtet sich an diejenigen, die grenzüberschreitend zwischen Deutschland und der Schweiz tätig sind. Der Schwerpunkt ist eindeutig aus der Sicht des deutschen Steuerzahlers dargestellt, denn letztlich sind steuerliche Fragestellungen diejenigen, die in der Praxis am meisten interessieren.

Dr. Jörg Gössler, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht
Roh Rechtsanwälte AG (Schweiz)
D 10719 Berlin, Kurfürstendamm 21
CH 8001 Zürich, Seidengasse 15
www.rohlaw.com + www.goessler.eu
info@goessler.eu

Wir danken Herrn Dr. Gössler für seine tatkräftige Mitarbeit an dieser Broschüre, ohne ihn wäre sie nicht zustande gekommen.

Rolf Eichin

Wichtig:

- Die Belange der Grenzgänger in die Schweiz sind in Arial geschrieben.
- Die Belange der Aufenthalter in der Schweiz sind in Arial kursiv geschrieben.

Begriffe, die eine weibliche und eine männliche Form aufweisen können, werden grundsätzlich nicht unterschieden, sondern jeweils in der einen oder anderen Form verwendet. Sie sind somit als gleichwertig zu betrachten.

Fragen und Probleme sind stets an die Vereine zu richten. Für Verbesserungsvorschläge, Hinweise, Fehler oder aktuelle Änderungen bitten die Vereine um Mitteilung.

Die Vereine

Grenzgänger I•N•F•O e. V., eingetragen beim Vereinsregister des Amtsgerichts Lörrach, VR Nummer 1221.
Aufenthalter I•N•F•O e. V., eingetragen beim Vereinsregister des Amtsgerichts Lörrach, VR Nummer 1562.

Die Vereine Grenzgänger I•N•F•O e. V. und Aufenthalter I•N•F•O e. V. für Grenzgänger und Aufenthalter in der Schweiz wurden gegründet, weil keine Anlaufstellen bestanden, die zentral über die Probleme des Arbeitens in der Schweiz beraten und informiert haben.

Dank der vernetzten Arbeit mit anderen Organisationen, eines engagierten Teams und der Kontakte zu Steuerberatern, Rechtsanwälten und Versicherungsfachleuten konnten die Vereine erheblich von deren Kompetenz und jahrelanger Erfahrung profitieren.

Die Vereine leisten jährlich über 15.000 Beratungen – telefonisch, schriftlich, per E-mail oder persönlich. Die Beratung, die Hilfe und Unterstützung sind kostenlos, von einer Vereinsmitgliedschaft nicht abhängig und verpflichten den Interessenten in keiner Weise. Somit sind die Vereine auf Spenden, Gönner und Fördermitglieder angewiesen.

Die Vereine sind weder versicherungsberatend, noch rentenberatend oder steuerberatend tätig. Auch arbeiten die Vereine nicht gemeinnützig.

Versicherungsfragen werden weitergeleitet an „RE Dienstleistungen für Grenzgänger I•N•F•O e. V. und Aufenthalter I•N•F•O e. V.“. Wichtige Broschüre „Versicherungen für Grenzgänger und Aufenthalter in der Schweiz“

Der Werdegang der Vereine

- 1991 Gründung des Grenzgänger I•N•F•O Verein
- 1992 Broschüre: „Ich bin Grenzgänger in der Schweiz“
- 1993 Entwicklung D-CH Krankenversicherungsmodell
- 1994 Zusammenarbeit mit Steuerberatern
- 1995 Eintragung im Vereinsregister
- 1996 Nettolohnberechnung computergestützt
- 1998 Erste Webseite im Internet www.grenzgaenger.de
- 1998 Broschüre: „Ich arbeite in der Schweiz und werde Mutter“
- 1999 Differenzkindergeld
- 1999 Broschüre: „60 Tage Regelung Doppelbesteuerungsabkommen Deutschland - Schweiz“
- 2000 Broschüre: „Ich bin Aufenthalt in der Schweiz“
- 2001 Entwicklung D-CH Krankenversicherungsmodell für Aufenthalt
- 2001 Gründung Aufenthalt I•N•F•O Verein
- 2001 www.aufenthalter.ch
- 2001 Broschüre: „Ich arbeite in der Schweiz und werde Rentner“
- 2002 Broschüre: „Ich suche einen Job in der Schweiz“
- 2002 Enge Zusammenarbeit mit Behörden zur Einführung der bilateralen Verträge z. B. Arbeitsamt, KVG Schweiz
- 2003 Enge Zusammenarbeit mit den EURES-Beratern
- 2003 Computergestützte Vorsorgeberechnung
- 2004 Zusammenarbeit „RE Dienstleistungen für Grenzgänger I•N•F•O e.V. und Aufenthalt I•N•F•O e.V.“
- 2004 Broschüre: „Versicherungen für Grenzgänger und Aufenthalt in der Schweiz“
- 2004 www.sachversichert.ch,
- 2004 www.krankenversichert.ch
- 2005 Broschüre: „Ich bin Grenzgänger andersherum, von der Schweiz nach Deutschland“,
- 2005 Broschüre: „Immobilienwerb durch Grenzgänger und Aufenthalt in der Schweiz“
- 2005 www.verein.biz
- 2005 www.lohnabzuege.ch
- 2005 www.schweizjob.ch
- 2005 Entwicklung D-CH Krankenversicherungsmodell EU für Aufenthalt
- 2006 Broschüre: „Ich bin Niedergelassener in der Schweiz“
- 2006 www.niedergelassener.ch
- 2006 www.60tageregelung.de
- 2006 www.pensions-kassen.de
- 2007 Schutz Marken Grenzgänger I•N•F•O e.V. und Aufenthalt I•N•F•O e.V. durch das Europäische Markenamt
- 2007 www.3tesaeule.ch
- 2007 www.grenzgaengerimmobilien.de
- 2007 www.grenzgaengerrente.de
- 2007 Broschüre: „Ich bin Student in der Schweiz“
- 2008 Broschüre: „Grenzgänger in die Schweiz und die steuerlichen Konsequenzen von Einmalauszahlungen aus der Schweizer Pensionskasse“ Copyright StB Dipl.-Kfm. G. Miessl, Konstanz
- 2010 www.schweizlohn.de „Was kann ich in der Schweiz verlangen?“ Richtwertesammlung
- 2011 www.wochenaufenthalt.ch
- 2012 Broschüre: „Steuererklärung erstellen als Grenzgänger“
- 2013 Broschüre: „Ich arbeite in der Schweiz und zahle Steuern“
- 2013 Broschüre: „Ich bin Rückzügler, aus der Schweiz nach Deutschland“
- 2013 Broschüre: „Ich bin Grenzgänger mit Wochenaufenthalt in der Schweiz“
- 2013 www.rueckzueger.de

Expertenforum: Fragen Sie uns, wir antworten schnell und kompetent: www.verein.biz/formular_anfrage.htm

Mitgliedsbeitrag und Gönnerbeitrag

Der Mitgliedsbeitrag beträgt EUR 24 pro Jahr. Einmalige Aufnahmegebühr EUR 10. Der Mitgliedsantrag steht im Internet zum Download bereit: www.verein.biz/wirueberuns.htm

Ein Gönnerbeitrag ist möglich:

Deutsche Bank Lörrach, Konto 16 74 373 00, BLZ 683 700 24, Kontoinhaber: Grenzgänger I•N•F•O e. V. oder Deutsche Bank Lörrach, Konto 16 74 373 01, BLZ 683 700 24, Kontoinhaber: Aufenthalt I•N•F•O e. V.

Mitgliedsbeiträge sowie Gönnerbeiträge können gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 3 Einkommenssteuergesetz Deutschland als Werbungskosten angesetzt werden: Werbungskosten sind auch „Beiträge zu Berufsständen und sonstigen Berufsverbänden, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist.“

Datenschutz und Beratungskosten

Die Vereine sind berechtigt, Beratungen gegen Honorar zu leisten; dies geschieht nach vorheriger Anzeige. Es wird dem Interessenten mitgeteilt und er willigt ein, dass personenbezogene Daten gespeichert werden, deren Löschung er jederzeit beantragen kann. Die Vereine Grenzgänger I•N•F•O e.V. und Aufenthaltler I•N•F•O e.V. sowie „RE Dienstleistungen für Grenzgänger I•N•F•O e.V. und Aufenthaltler I•N•F•O e.V.“ verpflichten sich, alle Vorkehrungen zur Einhaltung der massgebenden gesetzlichen Vorschriften des Datenschutzes zu treffen. Die Daten werden absolut vertraulich behandelt. Personendaten werden in der Regel in elektronischer Form aufbewahrt. Zugleich werden sämtliche Angaben nur mit ausdrücklichem Einverständnis an Drittpersonen weitergeleitet. Ebenso stimmt der Interessent einer Kontaktaufnahme - persönlich, telefonisch, schriftlich, elektronisch - und der Betreuung durch die Aktiv-Mitglieder bzw. Berater der Vereine zu, bzw. der Kontaktaufnahme durch „RE Dienstleistungen für Grenzgänger I•N•F•O e. V. und Aufenthaltler I•N•F•O e. V.“.

Haftung

Die Umsetzung der Ergebnisse aus den hier vorliegenden Informationen und den persönlichen Beratungen liegen außerhalb des Einflussbereiches des Grenzgänger I•N•F•O e. V. und des Aufenthaltler I•N•F•O e. V., weshalb hierfür auch keine Haftung übernommen werden kann. Dies gilt sowohl für die Inhalte der veröffentlichten eigenen Broschüren und Websites als auch für die empfohlenen Broschüren und Websites. Gleiches gilt für die Beratungen persönlicher, elektronischer, schriftlicher oder telefonischer Artikel. Für die Inhalte und die Richtigkeit der in der Broschüre genannten Websites, Zeitungen, Zeitschriften, Adressen, Hotels, Pensionen, der Bahn-, Bus-, und Verkehrsverbindungen, einschließlich der hier genannten Preise, Öffnungszeiten, Telefonnummern, Faxnummern, E-Mail- und Websiteadressen sowie der Wohn- und Geschäftsadressen etc., kann keine Haftung übernommen werden.

Broschüren

Die Broschüren wurden mit größter Sorgfalt und unter Einbezug moderner Technik erstellt. Sie gehen vertieft auf besondere Fragen ein, die sich bei einem Arbeitsverhältnis in der Schweiz – oder bei einem Wohnsitzwechsel in die Schweiz (mit oder ohne Arbeitsaufnahme) – stellen können. Gesetzliche oder sonstige Änderungen werden schnellstmöglich übernommen. Die Angaben sollen aber lediglich Informationen der allgemeinen Art darstellen, die nicht auf die besonderen Bedürfnisse bestimmter Personen innerhalb der Personengruppe Grenzgänger, Aufenthaltler oder sonstiger Einrichtungen abgestimmt sind. Eine Haftung für die Texte und Muster kann dennoch nicht übernommen werden.

Weitere Broschüren und Homepages

ISBN

Ich bin Grenzgänger in der Schweiz	9783939039396
<i>Ich bin Aufenthaltler in der Schweiz</i>	9783939039013
<i>Ich bin Niedergelassener in der Schweiz</i>	9783939039501
Ich arbeite in der Schweiz und werde Rentner	9783939039105
Ich arbeite in der Schweiz und werde Mutter	9783939039259
Ich suche einen Job in der Schweiz	9783939039303
60 Tage Regelung Doppelbesteuerungsabkommen Deutschland - Schweiz	9783939039334
Immobilienwerb durch Grenzgänger und Aufenthaltler in der Schweiz	9783939039426
Versicherungen für Grenzgänger und Aufenthaltler in der Schweiz	9783939039051
Ich bin Student in der Schweiz	9783939039006
Ich arbeite in der Schweiz und zahle Steuern	9783939039136
Ich bin Rückzügler, aus der Schweiz nach Deutschland	9783939039292
Ich bin Grenzgänger mit Wochenaufenthalt in der Schweiz	9783939039xxx

www.grenzgaenger.de
www.aufenthalter.ch
www.niedergelassener.ch
www.sachversichert.ch
www.lohnabzuege.ch
www.schweizlohn.de
www.3tesaeule.ch
www.pensions-kassen.de

www.schweizjob.ch
www.60tageregelung.de
www.krankenversichert.de
www.rueckzueger.de
www.verein.biz
www.wochenaufenthalt.ch
www.grenzgaengerrente.de
www.grenzgaengerimmobilien.de

Unsere Dienstleistungen

- Persönliche Beratungsgespräche
- z. B. Bewilligung, Sozialversicherung, Umzug und Zoll, Krankenversicherungspflicht, Quellensteuer, Kindergeld
- Beratung Direktversicherung für Grenzgänger, Beratung 3te Säule für Aufenthalter
- elektronische Nettolohnberechnung für Grenzgänger und Aufenthalter
- günstige Versicherungsprämien durch Gruppen- oder Kollektivverträge über
- RE Dienstleistungen für Grenzgänger I•N•F•O e.V. und *Aufenthalter I•N•F•O e.V.*
- 1993 Erfindung des D – CH Krankenversicherungsmodell für Grenzgänger www.krankenversichert.de
- Günstige Versicherungsprämien für schweizerische Sach- und Personenversicherungen (Kfz, Hausrat-, Haftpflicht-, Rechtsschutzversicherung) in der Schweiz. www.sachversichert.ch
- Empfehlung Schweizer Jobvermittler
- 13 verschiedene Broschüren
- 17 Homepages mit verschiedenen Themen und für unterschiedliche Probleme
- 100 MegaBite Formulare, I•N•F•O Blätter, Merkblätter, E-Formulare, amtliche Bekanntmachungen, Gesetzestexte, Broschüren, Kommentare etc. auf unserer Homepage www.verein.biz zum herunterladen.
- Expertenforum im Internet – Fragen und Antworten www.verein.biz/formular_anfrage.htm
- Regelmäßige Newsletter per E-Mail
- Individuelle Vorsorgeberechnung
- Vorsorgeberatung
- Steuerberaterempfehlungen
- Schweizer Rechtsanwälte für Arbeitsrecht
- Drei Beratungsstandorte: Zentrale Lörrach-Brombach bei Basel, Stuttgart, CH Kreuzlingen am Bodensee
- täglich bis 19 Uhr zu erreichen
- Wissen und Know how seit 1980
- Grenzgänger I•N•F•O e.V und *Aufenthalter I•N•F•O e.V.* sind eingetragene Marken beim Europäischen Markenamt
- Immobilien für Grenzgänger im Grossraum Basel
- Was kann ich in der Schweiz verlangen?“ Richtwertesammlung, www.schweizlohn.de

Quellennachweis:

Länderinformationsschrift Schweiz, Bundesverwaltungsamt Köln, Deutschland,
 Eidgenössische Finanzverwaltung, Bern, Schweiz,
 Eidgenössische Steuerverwaltung, Bern, Schweiz,
 Eidgenössische Zollverwaltung, Bern, Schweiz,
 Bundesamt für Sozialversicherung, Bern, Schweiz,
 Bundesamt für Gesundheit, Bern, Schweiz,
 Bundesministerium der Finanzen, Berlin, Deutschland,
 Fachschriften Chambre de Commerce Allemagne - Suisse, Zürich, Schweiz,
 Basler Volkswirtschaftsbund, Basel, Schweiz,
 Bundesamt für Migration, Bern, Schweiz
 Bundesamt für Ausländerfragen, Bern, Schweiz,
 Bundesamt für Landestopographie, Bern, Schweiz,
 Bundesamt für Statistik, Bern, Schweiz,
 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten, Bern, Schweiz,
 Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, Bern, Schweiz,
 Bundesamt für Berufsbildung und Technologie, Bern, Schweiz,
 Bundesamt für Bildung und Wissenschaft, Bern, Schweiz,
 Bundesfinanzhof München, Deutschland
 Fachschriften der Regio Basiliensis, Basel, Schweiz,
 Kanton Basel-Stadt, Schweiz,
 Kanton Basel-Land, Schweiz,
 Kanton Zürich, Schweiz
 Kanton St. Gallen, Schweiz
 Kanton Thurgau, Schweiz
 Kanton Aargau, Schweiz
 Oberfinanzdirektion Karlsruhe, Deutschland

Bei Rückfragen stehen die Vereine zur Verfügung:

© Grenzgänger I•N•F•O e.V. und *Aufenthalter I•N•F•O e.V.*

Lörracher Strasse 50 c
 79541 Lörrach-Brombach
 Telefon 07621 5083
 Telefax 07621 5085

Romanshorne Strasse 70
 CH 8280 Kreuzlingen
 Telefon 071 6887802
 aus Deutschland 07531 697855

www.grenzgaenger.de
info@grenzgaenger.de
www.aufenthalter.ch
info@aufenthalter.ch

Definition Grenzgänger, Aufenthalter und Wochenaufenthalter**Grenzgänger**

Der Begriff „Grenzgänger“ wird wie folgt definiert: „Grenzgänger sind Staatsangehörige, die im Gebiet der einen Vertragspartei wohnen und im Gebiet der anderen Vertragspartei einer regelmäßigen Erwerbstätigkeit nachgehen.“

Diese Umschreibung des Grenzgängerbegriffs deckt sich nicht mit derjenigen, der für die Besteuerung zugrund liegt.

In der Definition des Grenzgängers aus der Sicht des Doppelbesteuerungsabkommens Deutschland - Schweiz (gültig seit 01. Januar 1994) wird auf das Erfordernis der regelmässigen Rückkehr nach der Arbeit an den Wohnort hingewiesen.

Es ist somit zu beachten, dass die Grenzgängerbestimmungen des Sozialversicherungsrechts auch auf Personen Anwendung finden können, die nach den ausländerrechtlichen Vorschriften keine Grenzgänger-Bewilligung erhalten müssen. Oder ein Sozialversicherungsrechtlicher Grenzgänger muss keine Steuerrechtlicher Grenzgänger sind.

Aufenthalter

Der Begriff „Aufenthalter“ wird wie folgt definiert: „Aufenthalter sind Staatsangehörige, die im Gebiet der anderen Vertragspartei wohnen und dort einer regelmäßigen Erwerbstätigkeit nachgehen, aber nicht dessen Staatsangehörigkeit tragen.“

Woher kommt der Begriff Wochenaufenthalt im Verhältnis zum Europäischen Ausland

Der Begriff Wochenaufenthalter ist im Verhältnis zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz EU entstanden.

Zum 01.Juni 2007 wurde der Begriff Grenzgänger durch das Freizügigkeitsabkommen erweitert. Bis zu diesem Zeitpunkt musste der Grenzgänger gemäss den Regeln zur Erlangung einer Grenzgängerbewilligung im Grenzgebiet zur Schweiz wohnen und täglich in seinen Heimatstaat zurückkehren.

Diese Regelung wurde erweitert, dass der Grenzgänger nun nicht mehr aus dem Grenzgebiet kommen muss und nicht mehr täglich an seinen Wohnsitz zurückkehren muss. Es genügt die wöchentliche Rückkehr an den Wohnsitz in der EU.

Wochenaufenthalter, richtig müsste es heissen Wochengrenzgänger

Der Begriff Wochenaufenthalter entspringt dem schweizer Sprachgebrauch.

Leider führte das zur Benutzung des Begriffs Wochenaufenthalter, der richtig Wochengrenzgänger heissen sollte, damit keine Verwechslung zum Aufenthalter entsteht.

Der Aufenthalter wohnt dauerhaft in der Schweiz und pendelt in der Regel nicht.

Schweizer Bürger als Grenzgänger Deutschland Schweiz

Schweizer Bürger welche in Deutschland wohnen und täglich oder wöchentlich in die Schweiz zur Arbeit gehen, benötigt keine Genehmigung.

Aufenthalter

Der Begriff „Aufenthalter“ wird wie folgt definiert: „Aufenthalter sind Staatsangehörige, die im Gebiet der anderen Vertragspartei wohnen und dort einer regelmäßigen Erwerbstätigkeit nachgehen, aber nicht dessen Staatsangehörigkeit tragen.“

Grundsätzliches zur Besteuerung

Es besteht die falsche Meinung, dass die bilateralen Verträge Schweiz – Europäische Union auch Auswirkungen auf das Steuerrecht haben. Im Wortlaut der Verträge heißt es unter Artikel 21 (1):

„Die Bestimmungen der bilateralen Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft bleiben von den Bestimmungen dieses Abkommens unberührt. Insbesondere lassen die Bestimmungen dieses Abkommens die in den Doppelbesteuerungsabkommen festgelegte Begriffsbestimmung des Grenzgängers unberührt.“

Der Hinweis auf die „Begriffsbestimmung des Grenzgängers“ zielt darauf ab, dass z. B. im Doppelbesteuerungsabkommen Deutschland - Schweiz von einer täglichen Rückkehr gesprochen wird, während in den bilateralen Verträgen immer wieder von einer wöchentlichen Rückkehr die Rede ist. In beiden Fällen handelt es sich aber immer um ein und denselben Grenzgänger.

Doppelbesteuerungsabkommen Schweiz Deutschland, kurz DBA

Nach dem oben genannten Abkommen bestimmt sich die Besteuerung zwischen beiden Staaten. Zum Verständnis des Doppelbesteuerungsabkommens muss gesagt werden, dass es nur das Verhältnis eines Steuersubjektes zur Schweiz und zu Deutschland hin regelt. Das Doppelbesteuerungsabkommen ist nicht gültig für die Regelung von zwei oder mehreren Steuersubjekten untereinander.

Die grenzüberschreitende Tätigkeit eines Inländers in der Schweiz kann steuerrechtlich vielfältig zu beurteilen sein. Das Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz (DBA CH D) kennt vielfältige Fallgruppen

Alle Doppelbesteuerungsabkommen der Schweiz mit den angrenzenden Nachbarländern

Für Grenzgänger mit Wohnsitz direkt an die Schweiz angrenzenden Staaten finden nachfolgende Regeln Anwendung:

	Besteuerung durch Tätigkeitsstaat (Schweiz)	Ausländischer Wohnsitzstaat
Deutschland	X (1) 4,5 % Quellensteuer	X (2)
Österreich	X (3) 3 % Quellensteuer	X (2)
Frankreich	X (4)	(4)
Italien	X	
Liechtenstein	X (5)	

- (1) Der Schweiz steht ein prozentual limitierter Quellensteuerabzug von 4,5% der Bruttoeinkünfte zu.
 (2) Die in der Schweiz erhobene Quellensteuer wird vom ausländischen Wohnsitzstaat angerechnet.
 (3) Der Schweiz steht ein prozentual limitierter Quellensteuerabzug von 3 % der Bruttoeinkünfte zu.
 (4) Bei einer Tätigkeit in den Kantonen BL, BS, BE, NE, JU, SO, VS, VD erfolgt die Besteuerung durch Wohnsitzstaat; bei den anderen Kantonen durch Tätigkeitsstaat
 (5) Besteuerung im Tätigkeitsstaat
 Generell sind bei öffentlich rechtlichen Arbeitgebern andere Besteuerungen möglich.

Grenzgänger-Besteuerung im Verhältnis Deutschland - Schweiz

Art. 15a Doppelbesteuerungsabkommen DBA Schweiz - Deutschland

Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die aus nichtselbstständiger Arbeit bezogen werden, werden in dem Vertragsstaat besteuert, in dem der Grenzgänger ansässig ist. Es gilt also das Wohnsitzstaatprinzip.

a) Arbeitnehmer in privaten Arbeitsverhältnissen

Regelfall: Tätigkeitsprinzip (Besteuerung in der CH)

Ausnahme 1: Wohnsitzbesteuerung bei kurzfristiger Tätigkeit in der Schweiz (Besteuerung D)

Ausnahme 2: Grenzgängerbesteuerung (Aufteilung des Besteuerungsrechts: Wohnsitzbesteuerung mit Anrechnung einer Quellensteuer von 4,5%)

b) Künstler, Musiker, Sportler und Artisten (Art. 17 DBA):

Tätigkeitsprinzip (Besteuerung CH)

c) öffentlicher Dienst (Art. 19 DBA):

Kassenstaatsprinzip (Besteuerung CH)

d) Ruhegehälter aus öffentlichen Kassen (Art 19 oder Art.21 DBA):

Wohnsitz- oder Kassenstaatsprinzip (Besteuerung D oder CH)

e) Tätigkeitsvergütungen für Gesellschafter einer Personengesellschaft (Art 7 Abs. 7 DBA):

Betriebsstättenprinzip (Besteuerung im Regelfall CH)

Grenzgänger Regelung im Doppelbesteuerungsabkommen DBA Schweiz Deutschland

Das Verhältnis der Vorschriften zur Besteuerung des Arbeitslohns selbst ergibt sich unmittelbar aus Art. 15a Abs. 1 DBA-Schweiz Deutschland

Text aus dem DBA:

(1) Ungeachtet des Artikels 15 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die ein Grenzgänger aus unselbstständiger Arbeit bezieht, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieser ansässig ist. Zum Ausgleich kann der Vertragsstaat, in dem die Arbeit ausgeübt wird, von diesen Vergütungen eine Steuer im Abzugsweg erheben. Diese Steuer darf 4,5 vom Hundert des Bruttobetrag der Vergütungen nicht übersteigen, wenn die Ansässigkeit durch eine amtliche Bescheinigung der zuständigen Finanzbehörde des Vertragsstaates, in dem der Steuerpflichtige ansässig ist, nachgewiesen wird. Artikel 4 Absatz 4 bleibt vorbehalten.

Damit ist eindeutig, dass die Grenzgänger-Regelung den allgemeinen Grundsätzen der Anwendung der Doppelbesteuerungsabkommen vorgeht.

Allerdings kann sich auch im Rahmen der Grenzgänger-Besteuerung die Frage der Anwendung des Art. 15 DBA (Schweiz oder Drittstaaten) stellen:

- a. bei Wegfall der Grenzgängereigenschaft (z.B. Wechsel der Tätigkeit, Aufnahme einer Reisetätigkeit, über 60 Nichtrückkehrtage)
- b. bei Tätigkeiten in Drittstaaten
- c. bei unterjährigem Wechsel zu einem deutschen Arbeitgeber und weiterer Tätigkeit in der Schweiz

Für den Bereich der eigentlichen Grenzgängerbesteuerung gibt es folgende Prüfungsübersicht

1. Schritt Sachverhaltsermittlung: Welche Tätigkeit liegt vor

Prüfung der Tätigkeit, des Arbeitgebers, ggf. des Anstellungsvertrages

2. Schritt Prüfung der Grenzgängereigenschaft

liegen schädliche oder unschädliche Nichtrückkehrtage vor.

3. Schritt Ermittlung der Bemessungsgrundlage

welche Einnahmen sind zu erfassen (z. B. Problembereiche der Lohnersatzleistungen. Leistungen für die betriebliche Altersversorgung)

welche Werbungskosten sind aufgrund der Besonderheit der Grenzgänger abzugsfähig

Währungsumrechnungsfragen

Besonderheiten bei den Sonderausgaben und ggf. aussergewöhnlichen Belastungen

Art. 15a Abs 2 DBA Schweiz Deutschland definiert den Grenzgänger wie folgt

Text aus dem DBA:

Grenzgänger im Sinne des Absatzes 1 ist jede in einem Vertragsstaat ansässige Person, die in dem anderen Vertragsstaat ihren Arbeitsort hat und von dort regelmäßig an ihren Wohnsitz zurückkehrt....

Die Besteuerung des Grenzgängers findet somit grundsätzlich in dem Vertragsstaat statt, in dem der Grenzgänger ansässig ist, was im Falle eines deutschen Grenzgängers in die Schweiz Deutschland ist.

Wichtig, das Verhältnis zur Bewilligung

Die Besteuerung in Deutschland ist nicht davon abhängig, ob für die Erwerbstätigkeit in der Schweiz eine Grenzgänger- oder Aufenthaltsbewilligung vorliegt, sondern richtet sich allein nach den tatsächlichen Verhältnissen und den allgemeinen Vorschriften des Einkommensteuerrechts.

60 Tage Regelung

Satz 2 des Art 15a Abs.2 DBA

Text aus dem DBA:

....Kehrt diese Person nicht jeweils nach Arbeitsende an ihren Wohnsitz zurück, entfällt die Grenzgängereigenschaft nur dann, wenn die Person bei einer Beschäftigung während des gesamten Kalenderjahres an mehr als 60 Arbeitstagen auf Grund ihrer Arbeitsausübung nicht an ihren Wohnsitz zurückkehrt.

www.60tageregelung.de

Broschüre 60 Tage Regelung Doppelbesteuerungsabkommen Deutschland Schweiz

Regelmässig Rückkehr

Die Grenzgängereigenschaft als Sonderregelung, die der üblichen Tätigkeitsbesteuerung vorgeht, beruht gedanklich auf der "Verwurzelung" des Grenzgängers in einer faktischen Grenzzone von rund 110 km dies und jenseits der Grenze.

Daher wird ein regelmäßiges Pendeln zwischen Arbeitsort und Wohnort (Ansässigkeit) gefordert.

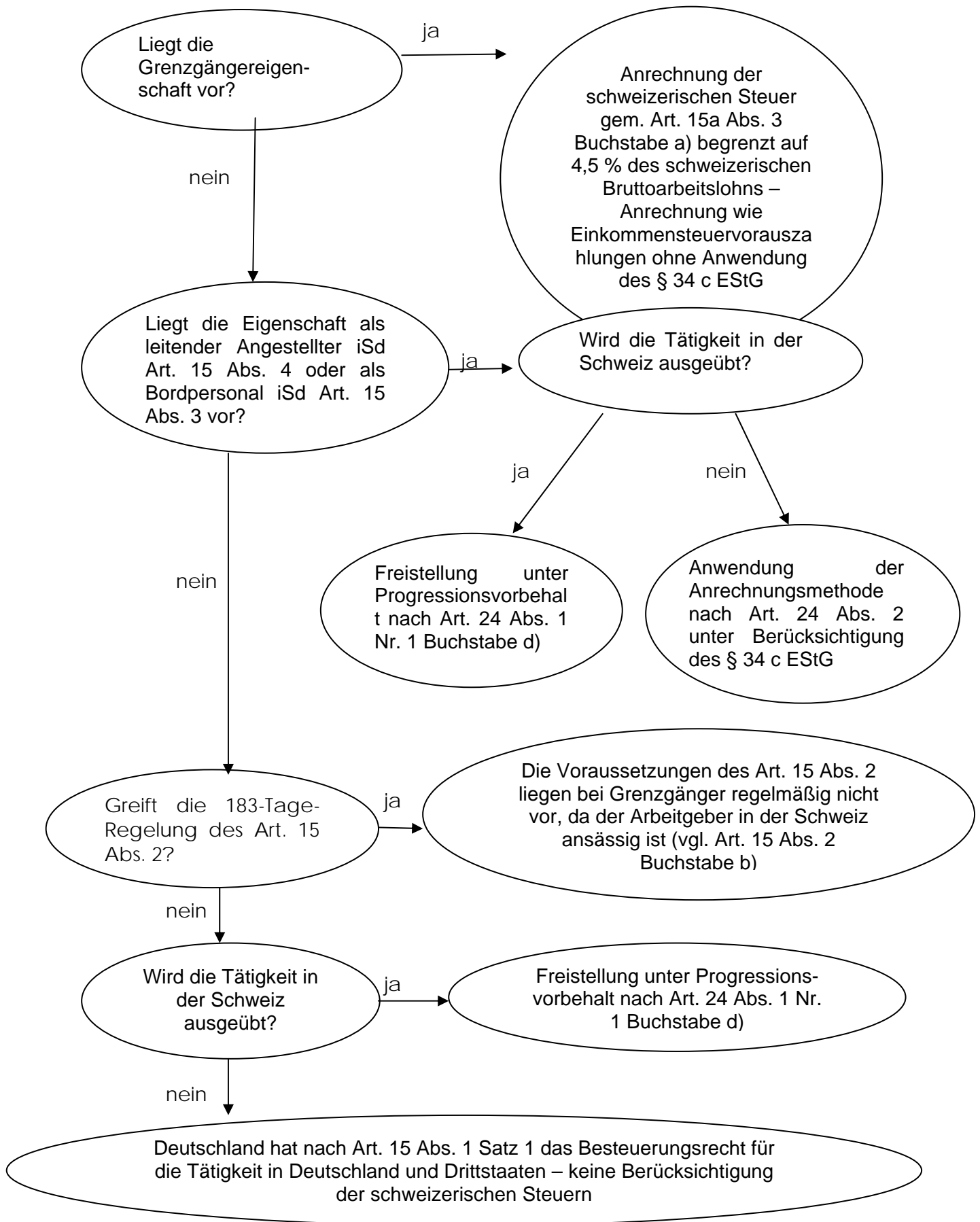
Aus dem Einführungsschreiben zum DBA Deutschland Schweiz vom 19.12.1994 zum Arbeitsort:

...Arbeitsort ist regelmäßig der Ort, an dem der Arbeitnehmer in den Betrieb seines Arbeitgebers eingegliedert ist. Übt der Arbeitnehmer nicht nur an diesem Ort seine Tätigkeit aus (z. B. Berufskraftfahrer, Außendienstmitarbeiter), sind die Tage der auswärtigen Tätigkeit als Geschäftsreisen im Rahmen der Ermittlung der Nichtrückkehrtage zu würdigen. Ist der Arbeitnehmer nach seinem Arbeitsvertrag in mehr als einem Betrieb seines Arbeitgebers eingegliedert, so ist Arbeitsort der Ort, an dem er seine Arbeit überwiegend auszuüben hat...

Beispiel:

Ein in Deutschland ansässiger Arbeitnehmer ist nach seinem Arbeitsvertrag verpflichtet, seine Arbeit an drei Wochen pro Monat in der Schweiz und eine Woche pro Monat in Deutschland/in einem Drittstaat auszuüben. Sein Arbeitsort ist in der Schweiz. Liegt eine regelmäßige Rückkehr vor, sind die Arbeitstage außerhalb der Schweiz als Geschäftsreisen im Rahmen der Nichtrückkehrtage zu würdigen.

Überblick zur Grenzgängereigenschaft



Ablauf Grenzgänger

Deutsche Grenzgänger im Sinne des DBA haben ihre Steuern in Deutschland zu entrichten, wobei 4,5 % des Bruttolohnes, genannt Quellensteuer, als Vorauszahlung auf die deutsche Steuer durch den Arbeitgeber in der Schweiz einbehalten werden. Diese Quellensteuer verbleibt dem Schweizer Staat.

Quellensteuer

Die einbehaltene Quellensteuer in Höhe von 4,5% wird an der deutschen Einkommenssteuer angerechnet.

Niedriges Einkommen in der Schweiz

Sofern nach dem internen Recht eines der Vertragsstaaten ein niedrigerer Steuersatz zur Anwendung gelangt, so gilt dieser niedrigere Satz.

Gre1

Es muss eine Meldung beim Wohnsitz-Finanzamt erfolgen. Dort wird die Ansässigkeitsbescheinigung ausgehändigt, Formular „Gre1“, das unterschrieben und ausgefüllt an das Finanzamt zurückzugeben ist. Das Finanzamt bestätigt, dass der Wohnsitz in Deutschland ist. Der Grenzgänger erhält zwei Ausfertigungen zurück, wobei eine für den Arbeitgeber bestimmt ist. Die Ansässigkeitsbescheinigung wird nach einem Jahr mit Formular „Gre2“ verlängert.

1. Ausfertigung für den Arbeitgeber

An das

Finanzamt / Kantonale Steueramt _____

Steuernummer: _____

Ansässigkeitsbescheinigung für Grenzgänger zum Zwecke der Ermäßigung der Abzugssteuern nach Artikel 15a Abs. 1 Satz 3 des Doppelbesteuerungsabkommens Deutschland/Schweiz und des Verhandlungsprotokolls vom 18.12.1991

I. Erklärung des Arbeitnehmers

Ich, der Unterzeichnende (Name und Vorname) _____

geb. am _____ in _____

Beruf _____

erkläre,

1. dass ich in _____
bei der Firma _____
(Name und Anschrift des Arbeitgebers)

seit dem _____ beschäftigt bin,

2. dass ich meinen Wohnsitz seit _____ in (vollständige Anschrift) _____
habe, zu dem ich regelmäßig von meinem Arbeitsort zurückkehre,

3. dass ich mich verpflichte, jede Änderung meines Wohnsitzes dem oben genannten Arbeitgeber und der Finanzbehörde mitzuteilen.

Ort, Datum

Unterschrift

II. Ansässigkeitsbescheinigung der Steuerbehörde des Wohnsitzstaates

Die unten bezeichnete Steuerbehörde bestätigt, dass der oben bezeichnete Arbeitnehmer an dem in Abschnitt I.2 angegebenen Ort ansässig ist.

Diese Bescheinigung gilt für das Jahr 20____

(Ort, Datum)

(Unterschrift, Dienststempel)

Die mit dem Antrag angeforderten Daten werden aufgrund der §§ 149 ff. der Abgabenordnung und Art. 15a DBA Deutschland/Schweiz erhoben.

Gre-1 a Ansässigkeitsbescheinigung für Grenzgänger

OFD KA – 7/2000

S 2 - 76

Gleichzeitig wird der Fragebogen S 2 - 76 zur Ermittlung der Steuervorauszahlung, unter Anrechnung der Quellensteuer in der Schweiz, vom Finanzamt verlangt. Dem Fragebogen S 2 - 76 ist auch eine Kopie des ersten Lohnausweises beizulegen. Nach Abgabe des Fragebogens erhält der Grenzgänger einen Vorauszahlungsbescheid.

Steuerzahlung wann?

Auf die Jahressteuer sind vierteljährlich Vorauszahlungen zu leisten:
am 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember.

Kein „Gre1“

Sofern eine solche Bescheinigung nicht vorliegt, wird die volle Steuer des Arbeitsortstaates in Abzug gebracht. Auf diese Weise soll insbesondere vermieden werden, dass Grenzgänger in keinem der beiden Staaten die Einkünfte versteuern.

Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer

Auch für den Grenzgänger ist der Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % aus der Steuerlast fällig, sowie die Kirchensteuer.

Firmenwagen

Ein vom schweizerischen Arbeitgeber – auch für den privaten Zweck – zur Verfügung gestellter Firmenwagen unterliegt in Deutschland der Besteuerung und zwar in der Regel nach der sogenannten 1%-Regelung vom Bruttoneuwert des Kfz.

Geldwerter Vorteil

Pauschalierte Spesen und andere pauschal ersetzten Zuschüsse (z. B. Fahrtkosten, Berufskleidung) sind als "Geldwerter Vorteil" zu versteuern.

Pensionskassenbeiträge

Die Regelungen des Alterseinkünftegesetzes sind auch im Zusammenhang mit der Pensionskasse (BVG) zu beachten. Dies gilt sowohl für die Einzahlung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteile, für freiwillige Einzahlungen in die Pensionskasse, als auch für die Auszahlungen aus der Pensionskasse, bei Eintritt in die Rente oder bei Vorbezug, auch bei Immobilienerwerb.

Aktien und Bezugsrechte

Vom Arbeitgeber überlassene Aktien oder Bezugsanrechte sind in dem Kalenderjahr anzusetzen, in dem die Aktie erworben wurde. Ein Verfügungsrecht ist hierbei ohne Bedeutung.

Mögliche Minderung vom Bruttoeinkommen nach dem Recht des Wohnlandes

Werbungskosten (z.B. Mitgliedsbeitrag beim Grenzgänger I•N•F•O e. V.), Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen, Vorsorgeaufwendungen, Pauschbeträge oder andere nachgewiesene Ausgaben, welche nach dem geltenden Steuerrecht des Wohnlandes das zu versteuernde Einkommen reduzieren können.

Nettolohnberechnung für Grenzgänger

Nettolohnberechnung: www.lohnabzuege.de/nettolohnberechnung.htm

Ablauf 60-Tage-Regelung

Wird festgestellt, dass der Arbeitnehmer an mehr als 60 Tagen aus beruflichen Gründen nicht an seinen Wohnsitz zurückkehren konnte, fällt das Steuerrecht an den Schweizer Staat. Es ist dann in der Schweiz eine monatliche Quellensteuer zu entrichten, die in der Regel höher ist als 4,5% Quellensteuer für Grenzgänger. Der Nachweis dieser Nichtrückkehrtage erfolgt mit dem Formular Gre3.

Jene Arbeitnehmer, deren Einkommen im betreffenden Jahr nur um die fixe Steuer von 4,5 % gekürzt worden sind, erhalten eine durch das kantonale Steueramt gemäß Quellensteuertarif berechnete Steuernachforderung.

Weitere Informationen im Verlauf dieser Broschüre oder

Broschüre: „60 Tage Regelung Doppelbesteuerungsabkommen Deutschland - Schweiz“

www.60tageregulung.de

Quellensteuertarif von verschiedenen Kantonen in der Schweiz (keine Kinder, mit Kirchensteuer)

Kanton:	CHF 5000 mtl. ledig	CHF 5000 mtl. verheiratet	CHF 10.000 mtl. ledig	CHF 10.000 mtl. verheiratet
Aargau	390 CHF	180 CHF	1.460 CHF	980 CHF
	7,8 %	3,6 %	14,6 %	9,8 %
Basel-Land	412 CHF	116 CHF	1.660 CHF	996 CHF
	8,24 %	2,31 %	16,60 %	9,96 %
Basel-Stadt	601 CHF	217 CHF	1.824 CHF	1.373 CHF
	12,01 %	4,34 %	18,24 %	13,73 %
Bern	550 CHF	360 CHF	1.756 CHF	1.339 CHF
	10,99 %	7,19 %	17,56 %	13,39 %
Graubünden	453 CHF	178 CHF	1.524 CHF	1.063 CHF
	9,05 %	3,55 %	15,24 %	10,63 %
Luzern	429 CHF	245 CHF	1.312 CHF	972 CHF
	8,58 %	4,90 %	13,12 %	9,72 %
Schaffhausen	497 CHF	275 CHF	1.644 CHF	1.121 CHF
	9,93 %	5,49 %	16,44 %	11,21 %
Schwyz	262 CHF	161 CHF	917 CHF	670 CHF
	5,23 %	3,22 %	9,17 %	6,7 %
Solothurn	550 CHF	305 CHF	1.674 CHF	1.231 CHF
	10,99 %	6,09 %	16,74 %	12,31 %
St. Gallen	483 CHF	249 CHF	1.559 CHF	1.080 CHF
	9,65 %	4,98 %	15,59 %	10,80 %
Thurgau	568 CHF	266 CHF	1.693 CHF	1.234 CHF
	11,36 %	5,31 %	16,93 %	12,34 %
Zug	189 CHF	94 CHF	950 CHF	516 CHF
	3,78 %	1,87 %	9,5 %	5,16 %
Zürich	310 CHF	179 CHF	1.134 CHF	801 CHF
	6,19 %	3,58 %	11,34 %	8,01 %

Die einzelnen Kantone haben unterschiedliche Quellensteuertarife
www.60tageregulung.de/downloads/ahquellensteuer.pdf

Der Arbeitgeber

Ist für den Arbeitgeber voraussehbar, dass der Grenzgänger bei ganzjähriger Beschäftigung an mehr als 60 Tagen pro Kalenderjahr – bei zeitweiser Beschäftigung während des Kalenderjahres nach entsprechender Kürzung – aus beruflichen Gründen nicht an seinen Wohnsitz zurückkehren wird, ist der Tätigkeitsstaat vorläufig berechtigt, Quellensteuern entsprechend seinem nationalen Recht zu erheben. Der Arbeitgeber hat dies dem Grenzgänger formlos zu bescheinigen mit dem Hinweis, dass die detaillierte Aufstellung der Tage der Nichtrückkehr nach Ablauf des Kalenderjahrs oder, wenn das Arbeitsverhältnis früher beendet wird, zum Ende des Arbeitsverhältnisses mit dem Vordruck Gre-3 zur Vorlage bei der Steuerbehörde bescheinigt wird.

Nachweis der Nichtrückkehrtage

Stellt der Arbeitgeber am Ende des Jahres oder bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses während des Kalenderjahres fest, dass die Grenzgänger-Eigenschaft aufgrund der entsprechenden Nichtrückkehrtage entfällt, hat er die Nichtrückkehrtage zu bescheinigen. Das Formular Gre-3 ist vierfach und beiden Steuerbehörden einzureichen.

www.60tageregelung.de

1. Ausfertigung für das Betriebsstättenfinanzamt / Kantonales Steueramt

Bescheinigung des Arbeitgebers über die Nichtrückkehr an mehr als 60 Arbeitstagen* i.S. des Artikels 15a Abs. 2 des Doppelbesteuerungsabkommens Deutschland-Schweiz sowie des Verhandlungsprotokolls vom 18.12.1991

Die Firma

(Name und Anschrift des Arbeitgebers)

bescheinigt hiermit, dass

(Name und Anschrift des Arbeitnehmers)

als Grenzgänger beschäftigt ist und als _____
(berufliche Tätigkeit)

im Jahr _____

an mehr als _____Arbeitstagen (vgl. die beigefügte Einzelaufstellung – entsprechend Ziffer 1 der Rückseite) aufgrund seiner Arbeitsausübung nicht an seinen Wohnsitz zurückgekehrt ist.

Herr / Frau _____ war in o. g. Jahr

() ganzjährig beschäftigt.

() von _____ bis _____ beschäftigt.

() als Teilzeitbeschäftigte(r) in folgendem Umfang _____
beschäftigt.

(Ort, Datum)

(Firmenstempel, Unterschrift)

Nicht vom Arbeitgeber auszufüllen:

Sichtvermerk der für den Arbeitgeber zuständigen Steuerbehörde

(Ort, Datum,

Unterschrift)

Dienstsiegel

* Bei unterjähriger Beschäftigung oder Teilzeitbeschäftigung: — siehe Rückseite Ziffer 2 —

Die mit der Bescheinigung angeforderten Daten werden aufgrund der §§ 149ff. der Abgabenordnung und Art. 15a DBA Deutschland-Schweiz erhoben.

Wochenaufenthalter

Wie ist der Begriff Wochenaufenthalter ursprünglich entstanden

Es finden sich viele Internetseiten und auch Gerichtsurteile die über den Wochenaufenthalt berichten. Dies bezieht sich alles auf das Innerschweizer Verhältnis das man in einem Kanton Wohnhaft ist und in einem anderen Kanton arbeitet und während der Arbeitswoche dort wohnt, also in der Regel während der Woche in dem einem Kanton wohnt, wo die Arbeit ist und am Wochenende in einen anderen Kanton geht, dort wo die Familie zu Hause ist.

Da die steuerlichen Regelungen in der Schweiz auch auf die Gemeinden und den Kantone ausgerichtet sind, kommt es dann darüber zum Streit, wo die Steuern innerhalb der Schweiz zu bezahlen sind.

Man muss bedenken dass es in der Schweiz rund 2.900 Gemeinden gibt, und jede Gemeinde erhebt einen anderen Steuersatz. Und es gibt 26 Kantone gibt, die verschiedene Steuern erheben.

Dies ist alles in Deutschland kein Problem, weil in ganz Deutschland, trotz der 16 Bundesländer, der gleiche Steuertarif gilt.

Woher kommt der Begriff Wochenaufenthalt im Verhältnis zum Europäischen Ausland

Der Begriff Wochenaufenthalter ist im Verhältnis zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz EU entstanden.

Zum 01.Juni 2007 wurde der Begriff Grenzgänger durch das Freizügigkeitsabkommen erweitert. Bis zu diesem Zeitpunkt musste der Grenzgänger gemäss den Regeln zur Erlangung einer Grenzgängerbewilligung im Grenzgebiet zur Schweiz wohnen und täglich in seinen Heimatstaat zurückkehren.

Diese Regelung wurde erweitert das der Grenzgänger nun nicht mehr aus dem Grenzgebiet kommen muss und nicht mehr täglich an seinen Wohnsitz zurückkehren muss. Es genügt die wöchentliche Rückkehr an den Wohnsitz in der EU.

Wochengrenzgänger

Leider führte das zur Benutzung des Begriffs Wochenaufenthalter, der richtig Wochengrenzgänger heissen sollte, damit keine Verwechslung zum Aufenthaltler entsteht.

Der Aufenthaltler wohnt dauerhaft in der Schweiz und pendelt in der Regel nicht.

Wochenaufenthalter im internationalen Verhältnis bei der Besteuerung

Bei einem Wochenaufenthalter handelt es sich um einen Arbeitnehmer, der während der Arbeitswoche in der Schweiz wohnt und am Wochenende zu seinem Wohnsitz in Deutschland zurückkehrt. Steuerliche Folge ist die Besteuerung der schweizer Lohn Einkünfte in der Schweiz zum vollen Quellensteuertarif bei gleichzeitigem Progressionsvorbehalt in Deutschland. Das wiederum bedeutet, dass auf das deutsche Einkommen ein höherer Steuersatz angewendet wird als es ohne die schweizer Lohn Einkünfte der Fall wäre.

Vorbehalt des Doppelbesteuerungsabkommen bedeutet, dass es von diesem Grundsatz abweichende Bestimmungen geben kann.

Dies gilt insbesondere dann, wenn dem Wochenaufenthalter, der während der Arbeitswoche in der Schweiz wohnt, eine tägliche Rückkehr an seinen deutschen Wohnsitz zumutbar ist.

Für diesen Fall unterliegt der Wochenaufenthalter der Grenzgängerregelung:
Die schweizer Quellensteuer iHv 4,5 % wird auf die deutsche Einkommensteuer angerechnet.

Eine tägliche Rückkehr wird dann als zumutbar erachtet, wenn für den Arbeitnehmer keine Wohnsitzpflicht in der Schweiz besteht, die Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsort maximal 110 km beträgt oder die Fahrtzeit (hin und zurück) höchstens 3 Stunden dauert.

Kommentar von Hr. Dr. Gössler:

Es könnte sich leicht jemand im grenznahen Raum in Sicherheit wiegen als Wochenaufenthalter zu gelten und dann vom Finanzamt böse geweckt werden....

Deutsche Besteuerung Ansässigkeit

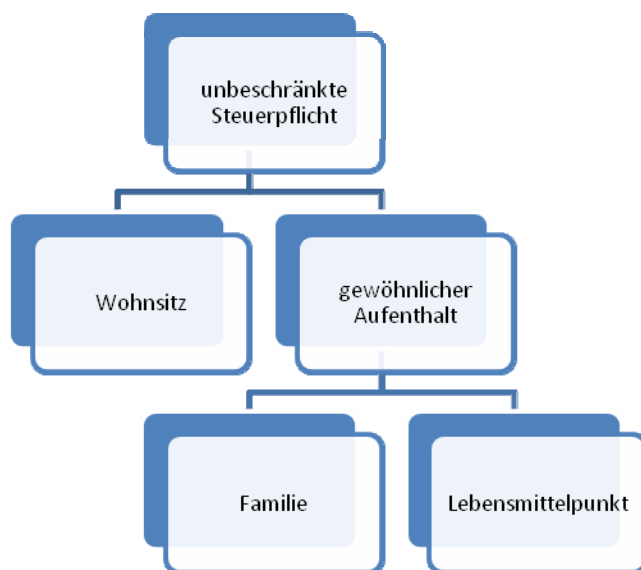
Die Ansässigkeit natürlicher Personen nach Art. 4 DBA CH-D

Art. 4 Ansässigkeit DBA Deutschland Schweiz

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck «eine in einem Vertragsstaat ansässige Person» eine Person, die nach dem in diesem Staat geltendem Recht dort unbeschränkt steuerpflichtig ist.

Beibehaltung der deutschen Steuerpflicht

Sofern der bislang in Deutschland lebende Auswandernde einen Anknüpfungspunkte (Wohnsitz oder Familie) in Deutschland beibehält, wird dies in steuerlicher Hinsicht nachteilige Folgen haben: nämlich die doppelte unbeschränkte Steuerpflicht. Sofern weder Wohnsitz noch gewöhnlicher Aufenthalt in Deutschland vorliegen, endet die unbeschränkte Steuerpflicht in Deutschland. Dann ist der Auswandernde in Deutschland grundsätzlich nur noch beschränkt steuerpflichtig.



Anknüpfungspunkt Wohnsitz

Nach dem deutschen Abgabenrecht hat jemand seinen Wohnsitz dort, wo er eine Wohnung unter Umständen innehat, die darauf schließen lassen, dass er die Wohnung beibehalten und benutzen wird.

Es spielt keine Rolle, ob die Räumlichkeiten angemessen oder standesgemäß sind. Als Wohnung kommen auch Baracken, Hotels bei Dauernutzung, Wohnwagen eines Dauercampers, Wochenendhäuser, Jagdhäuser oder Gartenhäuschen in Betracht. Ebenso ist es ohne Bedeutung, ob die Wohnung möbliert ist. Er muss auch über die Wohnung tatsächlich verfügen können. Die Verfügungsmacht wird verneint, wenn sich jemand lediglich zu Besuchszwecken bei einer anderen Person oder vorübergehend in einem Hotel aufhält.

Die Umstände des Innehabens müssen darauf schließen lassen, dass die Wohnung beibehalten und benutzt wird. Auch eine jährlich sehr kurze Nutzung der Wohnung durch den Auswanderer ist ausreichend.

Die bloße Absicht, einen Wohnsitz zu begründen oder aufzugeben bzw. die An- und Abmeldung bei der Ordnungsbehörde entfalten keine steuerliche Wirkung und gelten lediglich als Indizien.

Nach der Lebenserfahrung spricht es für die Beibehaltung eines Wohnsitzes, wenn jemand eine Wohnung, die er vor und nach einem Auslandsaufenthalt als einzige ständig nutzt, während desselben unverändert und in einem ständig nutzungsbereiten Zustand beibehält. Der Wohnsitz wird also erst dann aufgegeben, wenn die Wohnung aufgelöst wird.

Anknüpfungspunkt Familie

Auch ein Ehegatte, der nicht dauernd von seiner Familie getrennt lebt, hat seinen Wohnsitz regelmäßig dort, wo sich seine Familie befindet. Wenn sich der Auswandernde nicht von seiner Familie losgesagt hat, ist davon auszugehen, dass er einen Wohnsitz in Deutschland hat und auch weiterhin unbeschränkt steuerpflichtig ist. Bei intakter Ehe erfordert der steuerlich wirksame Wegzug in die Schweiz also die Mitnahme der Familie. Auch in einem Übergangszeitraum, in dem die Familie zunächst zurückbleibt, aber beabsichtigt ist, die Familie nachzuholen, verbleibt es bei der Annahme des deutschen Wohnsitzes, bis der vollständige Umzug tatsächlich erfolgt ist. Ein unverheirateter Steuerpflichtiger mit Wohnrecht in der elterlichen Wohnung behält seinen Wohnsitz, wenn ihm sein Zimmer oder eine Mehrzahl von Zimmern unverändert zur Verfügung steht.

Anknüpfungspunkt Lebensinteresse

Die unbeschränkte Steuerpflicht in Deutschland kann auch über einen gewöhnlichen Aufenthalt begründet werden. Einen gewöhnlichen Aufenthalt hat eine Person regelmäßig dort, wo sie sich unter Umständen aufhält, die erkennen lassen, dass sie an diesen Ort oder in diesem Gebiet nicht nur vorübergehend verweilt. Ein gewöhnlicher Aufenthalt wird angenommen, wenn sich die Person an insgesamt mehr als 183 Tagen im Jahr in Deutschland aufhält, die eine unbeschränkte inländische Steuerpflicht begründet. Von praktischer Bedeutung ist die Rechtsprechung, die besagt, dass der gewöhnliche Aufenthalt eines Pendlers, der im Ausland wohnt, aber in Deutschland arbeitet, trotz täglicher Anwesenheit im Inland keinen gewöhnlichen Aufenthalt begründet. Anders ist es, wenn er während der Woche am Arbeitsort bleibt und nur an Wochenenden an den ausländischen Wohnort zurückkehrt.

Steuerpflicht in Deutschland und Schweiz

Sofern der Auswanderer einen Anknüpfungspunkt in Deutschland hat, führt dies zur unbeschränkten Einkommensteuerpflicht in zwei Staaten und damit zur Doppelbesteuerung. Auf deutscher Seite wird dies dadurch gemildert, dass die schweizerische Steuer auf Auslandseinkünfte auf die deutsche Einkommensteuer angerechnet wird.

Vermeidung der Doppelbesteuerung

Die doppelte Steuerpflichtigkeit soll das DBA vermeiden helfen. Im Falle der Doppelansässigkeit gilt derjenige Staat als Ansässigkeitsstaat, in dem der Steuerpflichtige über eine ständige Wohnstätte verfügt und hilfsweise, in dem er seinen persönlichen Mittelpunkt der Lebensinteressen hat. Bei einem in die Schweiz Ziehenden ist somit grundsätzlich die Schweiz das Land, dessen Anknüpfungspunkt sich durchsetzt, da dort der Lebensmittelpunkt begründet wird und schließlich der in die Schweiz Ziehende zu dieser auch die stärkeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen begründen wird.

Ständige Wohnstätte

Ständige Wohnstätte stellt eine qualifizierte Form des Wohnsitzes dar und ist spezifisch abkommensrechtlich auszulegen. Der Begriff des Wohnsitzes ist weiter als der der ständigen Wohnstätte. Hinzukommen muss vielmehr eine ständige Nutzung durch den Steuerpflichtigen.

Besteuerung der einzelnen Einkunftsquellen nach DBA

Deutschland hat nach dem Wegzug aufgrund des DBA das Besteuerungsrecht grundsätzlich nur noch für Einkünfte aus deutschen Quellen. Ein Zugriff auf die in der Schweiz bzw. in Drittstaaten erwirtschafteten Einkünfte des Auswanderers bleibt der Schweiz vorbehalten.

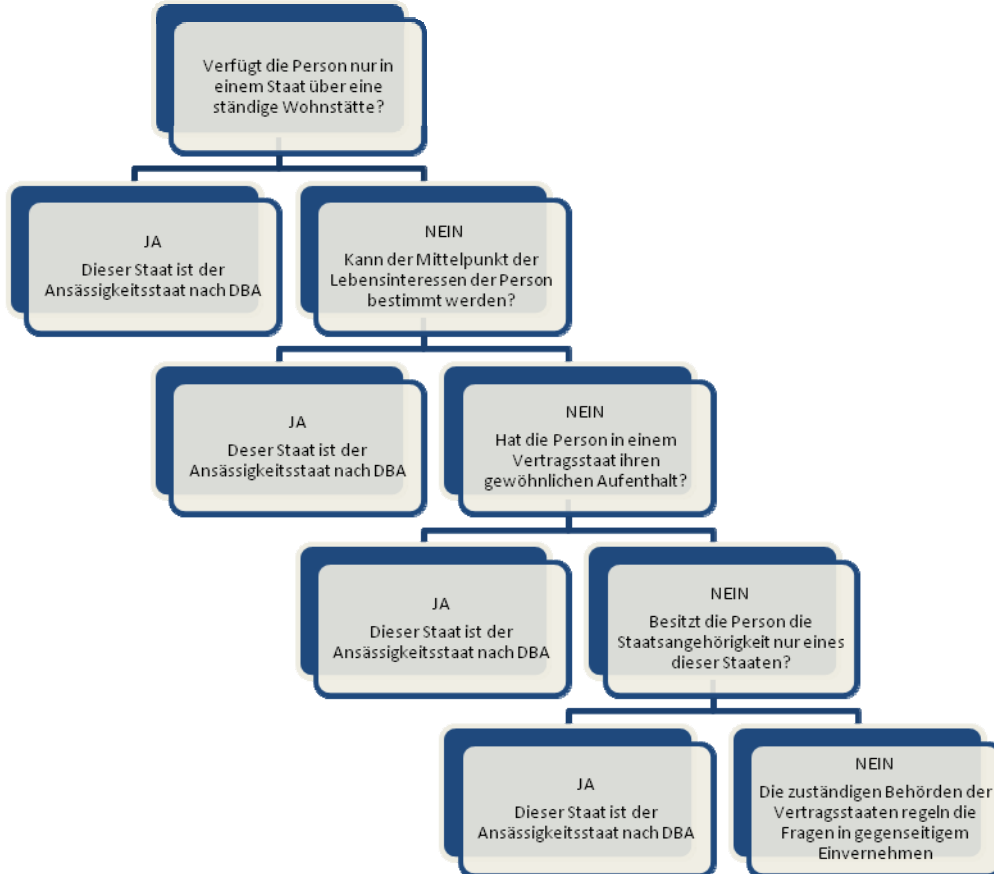
Typischerweise vom Auswanderer auch nach dem Wegzug aus Deutschland erzielten Einkünfte aus deutschen Quellen:

Vermietung	Vermietungseinkünfte werden dem Belegenheitsstaat zugewiesen. Ist die vermietete Immobilie in Deutschland belegen, liegt das Besteuerungsrecht bei Deutschland (beschränkte Steuerpflicht).
Dividenden	Das Besteuerungsrecht aus Gewinnausschüttungen steht zunächst dem neuen Schweizer Ansässigkeitsstaat zu. Dies gilt sowohl für Dividendenzahlungen von schweizerischen Gesellschaften bzw. von Gesellschaften aus Drittstaaten als auch für Dividenden von deutschen Gesellschaften. Darüber hinaus unterliegt die Dividendenausschüttung in Deutschland einer 15-% igen Kapitalertragsteuer (Erstattungsanspruch möglich). Eine Mehrfachbesteuerung wird in der Schweiz durch die Anrechnung der deutschen Quellensteuer vermieden
Zinsen	Bei Zinseinkünften wird das Besteuerungsrecht des Quellenstaates vollständig ausgeschlossen. Zinsen unterliegen der Besteuerung im Wohnsitzstaat des Auswanderers, d.h. sie unterliegen grundsätzlich nur der schweizerischen Besteuerung, auch wenn diese aus Deutschland stammen.
Unternehmensgewinne	Gewinne eines Unternehmens werden nach dem Betriebsstättenprinzip in Deutschland besteuert.
Ruhegehälter	Es ist zwischen privaten und öffentlich-rechtlichen Ruhegehältern zu unterscheiden. Private Ruhegehälter werden in der Schweiz als Ansässigkeitsstaat besteuert, während bei öffentlich-rechtlichen Ruhegehältern das Besteuerungsrecht Deutschland zugewiesen wird.
Immobilienverkauf	Besteuerung in Deutschland
Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit	Grundsätzlich bestimmt durch Ansässigkeit; Sonderregelung für Grenzgänger, Aufenthalter, Bordpersonal und leitende Angestellte.
Einkünfte aus selbständiger Arbeit	Besteuerung grundsätzlich im Ansässigkeitsstaat

Doppelwohnsitz Deutschland und Schweiz

Ist eine Person sowohl in der Schweiz als auch noch in Deutschland ansässig (sog. Doppelwohnsitz), wird das Besteuerungsrecht durch das DBA schrittweise dem einen oder anderen Staat zugewiesen:

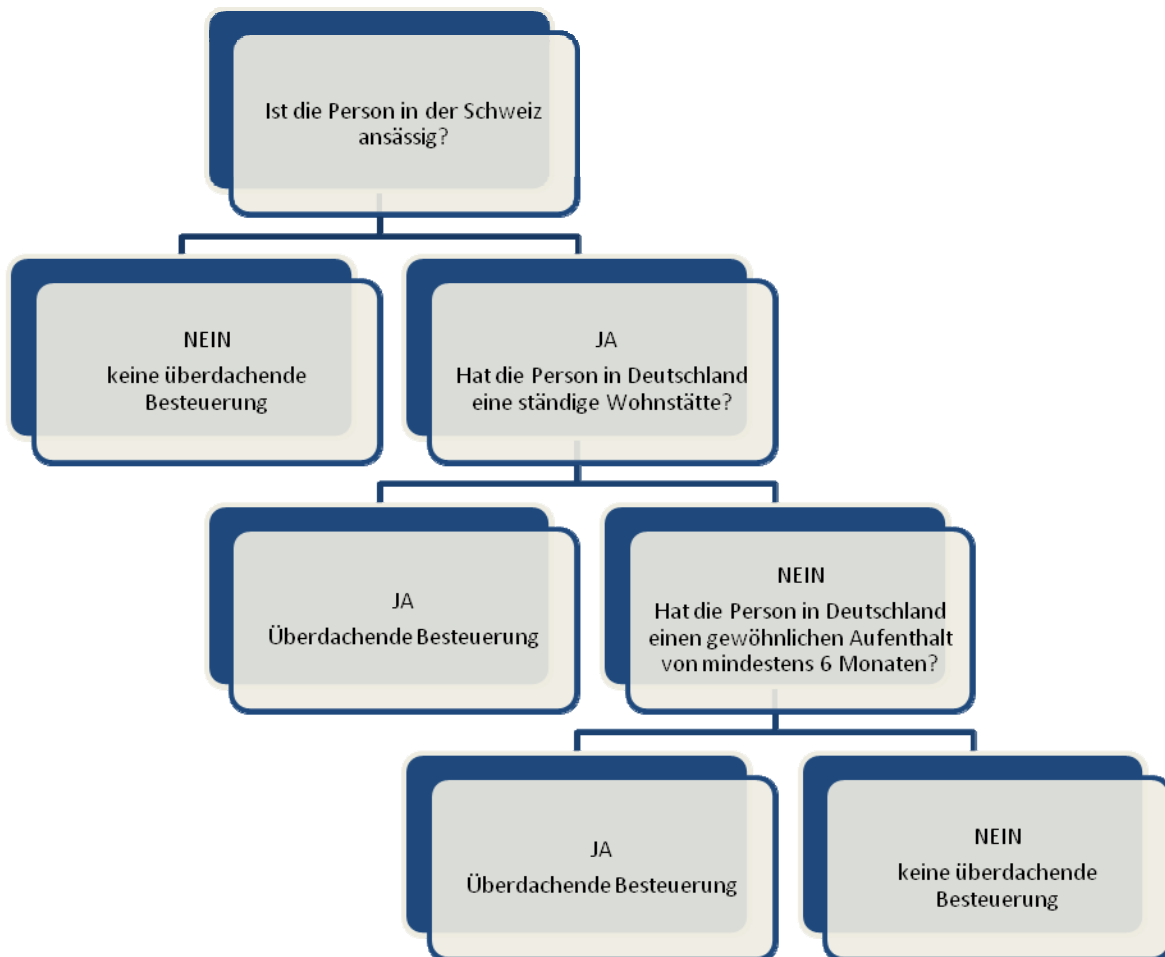
- Zunächst ist darauf abzustellen, in welchem Staat die Person eine ständige Wohnstätte hat.
- Im Fall des Unterhaltens einer ständigen Wohnstätte sowohl in Deutschland als auch in der Schweiz erhält derjenige Staat das Besteuerungsrecht, in dem sich der Mittelpunkt des Lebensinteresses (enge wirtschaftliche und persönliche Beziehung) befindet.
- Führt auch das Kriterium des Lebensmittelpunktes zu keinem eindeutigen Ergebnis, wird auf den gewöhnlichen Aufenthalt abgestellt.
- Lässt sich ein gewöhnlicher Aufenthalt in beiden oder in keinem der Vertragsstaaten feststellen, ist die Staatsangehörigkeit maßgebend.
- Besitzt die Person die Staatsangehörigkeit beider oder keines der Vertragsstaaten, müssen sich Deutschland und Schweiz auf dem Verhandlungsweg einigen.



Konkurrierende / überlagernde / überdachende Besteuerung

Der Auswanderer, der mit der Begründung des Wohnsitzes in der Schweiz dort ansässig und unbeschränkt steuerpflichtig wird, in Deutschland aber noch gewisse Anknüpfungspunkte behält, gilt auch in Deutschland als ansässig und unterliegt deshalb der deutschen unbeschränkten Steuerpflicht. Dies ist dann gegeben, wenn der Auswanderer über eine ständige Wohnstätte in Deutschland verfügt oder einen gewöhnlichen Aufenthalt von mindestens einem halben Jahr in Deutschland hat, hier also sich an mehr als 183 Tagen aufhält.

Die Doppelbesteuerung der natürlichen Personen infolge eines Doppelwohnsitzes wird bei dieser überdachenden Besteuerung in Deutschland zwar durch Freistellung bestimmter Einkünfte oder auch durch Anrechnung der schweizerischen Steuer vermieden. Soweit die Anrechnung angewendet wird, findet im wirtschaftlichen Ergebnis jedoch eine Hochschleusung auf die höhere deutsche Steuerbelastung statt (bei der Ermittlung des persönlichen Steuersatzes).

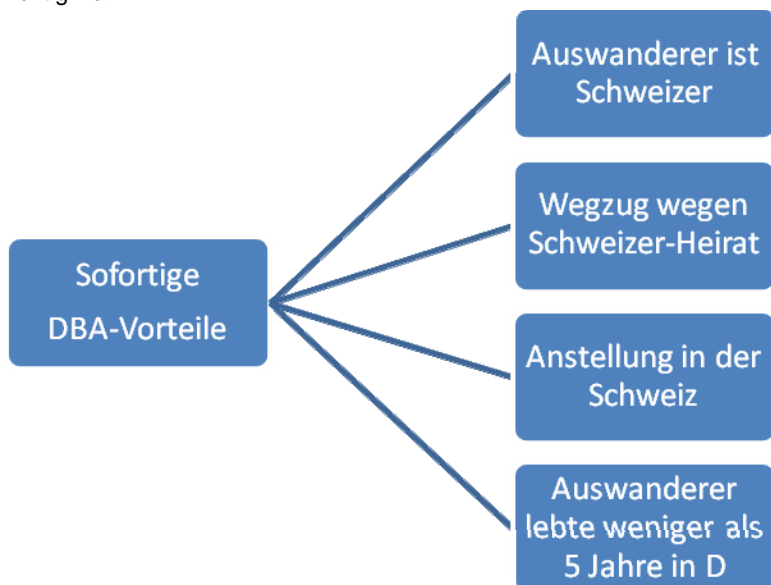


Sperrfrist für Abkommensvorteile

Mit der Auswanderung endet normalerweise die unbeschränkte Steuerpflicht in Deutschland, der Auswandernde unterliegt nur noch der beschränkten Steuerpflicht. Von dieser Grundregel macht das DBA eine Ausnahme. Trotz Wegzug aus Deutschland, Beseitigung sämtlicher steuerlicher Anknüpfungspunkte zu Deutschland und Erlangung einer zweifelsfreien Ansässigkeit in der Schweiz setzt das DBA Bestimmungen für gewisse Personen im Wegzugsjahr und in den folgenden fünf Jahren (Karenzzeit also 6 Jahren) außer Kraft. Deutschland darf während dieser Zeit die aus Deutschland stammenden Einkünfte weiterhin so besteuern, als ob kein DBA existieren würde. Das DBA räumt somit Deutschland das zeitliche limitierte Recht ein, einen Auswanderer voll zu besteuern.

Das DBA sieht jedoch für die Außerkraftsetzung der Abkommensbestimmungen bei Wegzug aus Deutschland Ausnahmen vor,

- wenn der Auswanderer die schweizerische Staatsangehörigkeit besitzt,
- wenn der Wegzug in die Schweiz zum Zwecke der Heirat mit einer Person schweizerischer Staatsangehörigkeit erfolgt,
- wenn die natürliche Person allein für die Ausübung einer echten unselbständigen Tätigkeit bei einem Arbeitgeber in der Schweiz ansässig geworden ist, wobei sie selbst weder direkt oder mittelbar durch Beteiligung oder andere wirtschaftliche Interessen mit dem Arbeitgeber verbunden sein darf oder
- wenn der Auswanderer vor Wegzug aus Deutschland in Deutschland weniger als fünf Jahren unbeschränkt steuerpflichtig war.



Besteuerung im Jahr des Wohnsitzwechsels

Der Wohnsitzwechsel sollte zum Ende eines Kalenderjahres erfolgen, da der deutsche Gesetzgeber im Jahr des Wegzugs sämtliche ausländischen Einkünfte im Rahmen des Progressionsvorbehalts der deutschen Besteuerung unterwirft

Bei Wohnsitzwechsel bestimmt das DBA, nach Maßgabe der Dauer des Aufenthaltes jeweils im alten und neuen Vertragsstaat besteuert werden kann. Dabei wird die Berechnung auf das Ende des Monats vorgenommen, in dem der Wohnsitzwechsel stattfand.

Wegzug in die Schweiz

Besteuerung in Deutschland

Sollte der Wohnsitz in Deutschland verbleiben (z. B. Familie, keine einwohnermelderechtliche Abmeldung), wird das Steuerrecht weiterhin dem deutschen Staat zufallen (Lebensmittelpunktprinzip) gemäß Artikel 4 Doppelbesteuerungsabkommen Deutschland Schweiz. Dieser Sachverhalt ist in jedem Fall frühzeitig mit den Behörden abzuklären. Siehe auch die Ausführungen weiter oben.

Besteuerung in Deutschland bei Wohnsitzverlegung in die Schweiz

Bei natürlichen Personen, die ihren Wohnsitz aus Deutschland in die Schweiz verlegen, kann die Bundesrepublik in dem Jahr, in dem die unbeschränkte Steuerpflicht zuletzt bestanden hat, und in den folgenden 5 Jahren, die Abgabe einer Steuererklärung verlangen. Ebenso ist für das Jahr des Umzugs der Progressionsvorbehalt nach § 32b Einkommenssteuergesetz zu entrichten.

Immobilienbesitz und/oder Kapitalvermögen führen dazu, dass von einer Steuererklärung in Deutschland nie abgesehen werden kann, da die aus der Bundesrepublik stammenden Einkünfte und dort liegendes Vermögen in Deutschland besteuert werden. Näheres regelt das Doppelbesteuerungsabkommen Deutschland - Schweiz.

Finanzamt Deutschland

Das Wohnsitzfinanzamt Deutschland kann Unterlagen verlangen. Weitere Ausführungen hierzu im hinteren Teil der Broschüre. Zum Beispiel:

- Fotokopie Mietvertrag in der Schweiz
- Abmeldebestätigung in Deutschland
- Anmeldebestätigung in der Schweiz
- Bestätigung vom deutschen Vermieter, dass der Mietvertrag beendet ist
- Schweizerischer Mietvertrag
- Einfuhrbestätigung des Umzugsgutes

Globale Rückfallklausel bei Arbeitnehmerentsendung

Bei Arbeitnehmerentsendung gilt die sog. Rückfallklausel, auch für das DBA Deutschland - Schweiz. Danach gewährt die Bundesrepublik Deutschland ungeachtet der Regelungen des DBA eine Freistellung für Auslandsvergütungen nur, wenn der Steuerpflichtige anhand von Bescheinigungen nachweist, dass der Tätigkeitsstaat auf sein Besteuerungsrecht verzichtet hat, oder dass die Auslandseinkünfte im Tätigkeitsstaat besteuert wurden.

Ausländische Arbeitnehmer ohne steuerrechtlichen Wohnsitz in der Schweiz

Bei Personen, die in einem anderen Staat ansässig sind und in der Schweiz einer Erwerbstätigkeit nachgehen, z. B. Künstler oder Personen mit einer 60-Tage-Regelung oder Aufenthalter in der Schweiz, deren Familienwohnsitz in Deutschland liegt (es handelt sich um Personen ohne steuerrechtlichen Wohnsitz in der Schweiz), ist die Besteuerung nur auf das Erwerbseinkommen beschränkt. Andere Einkünfte sind vom Ansässigkeitsstaat zu besteuern. Hier gilt auch keine CHF 120.000-Grenze. Die Gewährung von individuellen Abzügen ist zu verneinen.

Besteuerung in der Schweiz

In der Schweiz werden alle Einkünfte aus dem Arbeitsverhältnis besteuert, auch Nebeneinkünfte wie Entschädigungen für Sonderleistungen, Provisionen, Zulagen, Dienstalters- und Jubiläumsgeschenke, Gratifikationen, Trinkgelder und andere geldwerte Leistungen sowie Ersatzeinkünfte wie Tagegelder aus Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherungen. Naturalleistungen und Trinkgelder werden in der Regel nach den für die eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung geltenden Ansätzen berechnet und besteuert. Auch sind Steuern zu entrichten auf Kinder- und Familienzulagen sowie auf Ferienentschädigungen etc..

Steuerzahlung durch Quellensteuer

Hierbei ist die Steuer nicht vom Steuerpflichtigen zu entrichten. Vielmehr obliegt die Zahlungspflicht der Person, die die steuerpflichtige Leistung erbringt. Handelt es sich beispielsweise um Einkünfte aus nichtselbstständiger Tätigkeit, so wird die Steuer vom Arbeitgeber direkt vom Arbeitsentgelt einbehalten und an das kantonale Steueramt überwiesen. Nachzahlungen kann der Arbeitgeber direkt beim Arbeitnehmer in Rückgriff nehmen. Dem Steuerpflichtigen ist eine Bescheinigung über die einbehaltene Quellensteuer auszustellen (Lohnausweis). Nach Schweizer Recht wird die erhobene Steuer Ende März des auf die Fälligkeit der Leistung folgenden Kalenderjahres rechtskräftig. Zuviel erhobene Steuern können nach Eintritt der Rechtskraft nur beschränkt oder gar nicht erstattet werden.

Quellensteuer in der Schweiz

Der Quellensteuer unterliegen alle ausländischen Arbeitnehmer, die nicht die fremdenpolizeiliche Niederlassungsbewilligung (Ausweis C) besitzen, im Kanton jedoch steuerrechtlichen Wohnsitz oder Aufenthalt haben. Es sind dies:

- Jahresaufenthalter (Ausweis B)
- Flüchtlinge (Ausweis F)
- erwerbstätige Asylbewerber (Ausweis N)
- Kurzaufenthalter (Ausweis L)

Steuerhoheit

Die Steuer wird von dem Kanton erhoben, der für die Veranlagung zuständig ist. Bei den ausländischen Arbeitnehmern mit einem steuerrechtlichen Wohnsitz oder Aufenthalt in der Schweiz ist dies der Kanton, in dem der Arbeitnehmer bei Fälligkeit der steuerbaren Leistung seinen Wohnsitz bzw Aufenthalt hat. Falls sich der Arbeitsort in einem anderen Kanton befindet, überweist die zuständige Behörde am Arbeitsort die bezogenen Quellensteuerbeträge dem Wohnsitzkanton. Im Einvernehmen mit den beteiligten Kantonen kann der Schuldner der steuerbaren Leistung die Steuer nach dem Tarif des Wohnsitzkantons erheben und sie direkt diesem Kanton abliefern. Der Wohnsitzkanton ist auch zuständig für die ergänzende und die nachträgliche ordentliche Veranlagung. Besonderheiten ergeben sich beim Kantonswechsel innerhalb einer Steuerperiode.

Bei Arbeitnehmern ohne steuerlichen Wohnsitz oder Aufenthalt in der Schweiz sowie bei Künstlern, Sportlern oder Referenten ist derjenige Kanton zuständig, in dem die Tätigkeit ausgeübt wird.

Die Kantone haben sich bei der Erhebung der Quellensteuer gegenseitig unentgeltliche Amts- und Rechtshilfe zu leisten. So muss die von einem außerkantonalen Schuldner abgezogene Steuer dem zuständigen Kanton überwiesen werden, der diese dann an die geschuldete Steuer anrechnet. Zu viel bezogene Steuern werden zurückerstattet, zu wenig bezogene Steuern nachgefordert.

Höhe des Steuerbetrages

Der Steuerbetrag ergibt sich aus den von der kantonalen Steuerverwaltung - Abteilung Quellensteuer - herausgegebenen Tarifen.

Bei den anzuwendenden Tarifen wird folgendermaßen unterschieden:

Tarif A

für alleinstehende (ledige, tatsächlich oder rechtlich getrennt lebende, geschiedene und verwitwete) Steuerpflichtige

Tarif B

für verheiratete, in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe lebende Alleinverdiener sowie für alleinstehende Steuerpflichtige, die mit Kindern oder unterstützungsbedürftigen Personen zusammenleben und deren Unterhalt zur Hauptsache bestreiten. Dieser Tarif ist in verschiedene Kolonnen unterteilt („ohne Kinder“, „mit 1 Kind“, „mit 2 Kindern“ usw.),

Tarif C

für verheiratete Steuerpflichtige, von denen beide hauptberuflich in der Schweiz erwerbstätig sind. Auch dieser Tarif ist in verschiedene Kolonnen unterteilt („ohne Kinder“, „mit 1 Kind“, „mit 2 Kindern“ usw.),

Tarif D

ist ein Sondertarif für Einkünfte aus Nebenerwerb (wöchentliche Arbeitszeit unter 15 Stunden und mtl. Bruttoeinkommen unter CHF 2.200) sowie Ersatzeinkünfte.

Wie die Tarife der ordentlichen Einkommensteuer, so sind auch die Quellensteuertarife immer progressiv. Sie sind nach monatlichen Bruttoeinkommensstufen aufgebaut und definieren immer eine bestimmte obere Grenze, die von Kanton zu Kanton variiert.

Gemeinde-, Kantons- und Bundessteuer

Mit der Quellensteuer sind die Steuern von Bund, Kanton und Gemeinde (inklusive Fürsorge- und Kirchensteuer, vereinzelt auch der Feuerwehersatzabgabe) abgegolten, soweit sie für das Einkommen aus nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit geschuldet sind.

Kirchensteuer

Für Quellensteuerpflichtige, die keiner Landeskirche angehören (dazu zählen: die römisch-katholische, die evangelisch-reformierte und die christkatholische Kirche), ist der Tarif „ohne Kirchensteuer“ anzuwenden. Es kann der Tarif ohne Kirchensteuer angewendet werden, wenn der Quellensteuerpflichtige dem Arbeitgeber gegenüber erklärt, dass er keiner Landeskirche angehört.

Sonstige Abzüge

In den Quellensteuertarif sind die Abzüge für Sozialversicherungsbeiträge, pauschale Gewinnungskosten und Familienlasten bei der Tarifberechnung berücksichtigt.

Nettolohnberechnung

www.lohnabzuege.ch/nettolohnberechnung.htm

Quellensteuertabellen Schweiz (keine Kinder, mit Kirchensteuer)

Kanton:	CHF 5000 mtl. ledig	CHF 5000 mtl. verheiratet	CHF 10.000 mtl. ledig	CHF 10.000 mtl. verheiratet
Aargau	390 CHF	180 CHF	1.460 CHF	980 CHF
	7,8 %	3,6 %	14,60 %	9,80 %
Appenzell- Innerrhoden	469 CHF	263 CHF	1.353 CHF	999 CHF
	9,37 %	5,25 %	13,53 %	9,99 %
Appenzell- Ausserrhoden	443 CHF	260 CHF	1.451 CHF	1.107 CHF
	8,86 %	5,19 %	14,51 %	11,07 %
Basel-Land	410 CHF	116 CHF	1.656 CHF	992 CHF
	8,20 %	2,31 %	16,56 %	9,92 %
Basel-Stadt	589 CHF	213 CHF	1.789 CHF	1.345 CHF
	11,77 %	4,25 %	17,89 %	13,45 %
Bern	531 CHF	347 CHF	1.694 CHF	1.284 CHF
	10,62 %	6,93 %	16,94 %	12,84 %
Freiburg	565 CHF	327 CHF	1.771 CHF	1.248 CHF
	11,29 %	6,53 %	17,71 %	12,48 %
Genf	488 CHF	59 CHF	1.838 CHF	1.106 CHF
	9,76 %	1,18 %	18,38 %	11,06 %
Glarus	426 CHF	185 CHF	1.338 CHF	695 CHF
	8,52 %	3,70 %	13,38 %	6,95 %
Graubünden	437 CHF	152 CHF	1.496 CHF	972 CHF
	8,73 %	3,03 %	14,96 %	9,72 %
Jura	641 CHF	410 CHF	2.018 CHF	1.504 CHF
	12,81 %	8,20 %	20,18 %	15,04 %
Luzern	430 CHF	246 CHF	1.316 CHF	974 CHF
	8,60 %	4,92 %	13,16 %	9,74 %
Neuchâtel	643 CHF	305 CHF	2.065 CHF	1.537 CHF
	12,85 %	6,10 %	20,65 %	15,37 %
Nidwalden	356 CHF	172 CHF	1.133 CHF	839 CHF
	7,12 %	3,44 %	11,33 %	8,39 %
Obwalden	430 CHF	298 CHF	1.194 CHF	982 CHF
	8,60 %	5,95 %	11,94 %	9,82 %
Schaffhausen	494 CHF	273 CHF	1.634 CHF	1.114 CHF
	9,87 %	5,45 %	16,34 %	11,14 %
Schwyz	234 CHF	146 CHF	835 CHF	602 CHF
	4,68 %	2,91 %	8,35 %	6,02 %
Solothurn	540 CHF	299 CHF	1.643 CHF	1.206 CHF
	10,79 %	5,97 %	16,43 %	12,06 %
St. Gallen	498 CHF	257 CHF	1.603 CHF	1.110 CHF
	9,95 %	5,13 %	16,03 %	11,10 %
Tessin	450 CHF	200 CHF	1.580 CHF	1.150 CHF
	9,00 %	4,00 %	15,80 %	11,50 %
Thurgau	511 CHF	213 CHF	1.585 CHF	1.113 CHF
	10,21 %	4,26 %	15,85 %	11,13 %
Uri	394 CHF	225 CHF	1.198 CHF	957 CHF
	7,88 %	4,50 %	11,98 %	9,57 %
Waadt	561 CHF	309 CHF	1.794 CHF	1.347 CHF
	11,21 %	6,18 %	17,94 %	13,47 %
Wallis	470 CHF	273 CHF	1.718 CHF	1.065 CHF
	9,39 %	5,46 %	17,18 %	10,65 %
Zug	159 CHF	79 CHF	864 CHF	438 CHF
	3,18 %	1,57 %	8,64 %	4,38 %
Zürich	316 CHF	181 CHF	1.181 CHF	834 CHF
	6,31 %	3,62 %	11,81 %	8,34 %

Einkommensgrenzen zur ordentlichen Veranlagung

Übersteigen die an der Quelle unterworfenen Bruttoeinkünfte eines Steuerpflichtigen mit steuerrechtlichem Wohnsitz oder Aufenthalt in der Schweiz u. g. Höchstbeträge in einem Kalenderjahr, wird für dieses und die nachfolgenden Jahre bis zum Ende der Quellensteuerpflicht eine nachträgliche Veranlagung im ordentlichen Verfahren für das gesamte Einkommen und Vermögen verlangt. Es ist eine Steuererklärung auszufüllen. Bereits entrichtete Quellensteuer wird vollumfänglich angerechnet.

Kanton	Kantonskürzel	Einkommensgrenze
Aargau	AG	CHF 120.000
Appenzell Ausserrhoden	AG	CHF 120.000
Appenzell Innerrhoden	AI	CHF 120.000
Basel – Land	BL	CHF 120.000
Basel – Stadt	BS	CHF 120.000
Bern	BE	progressive Besteuerung
Freiburg	FR	CHF 120.000
Genf	GE	CHF 500.000
Glarus	GL	CHF 120.000
Graubünden	GR	CHF 100.000
Jura	JU	CHF 120.000
Luzern	LU	CHF 120.000
Neuchâtel	NE	CHF 120.000
Nidwalden	NW	CHF 120.000
Obwalden	OW	CHF 120.000
St. Gallen	SG	CHF 120.000
Schaffhausen	SH	CHF 120.000
Solothurn	SO	CHF 120.000
Schwyz	SZ	CHF 120.000
Thurgau	TG	CHF 120.000
Tessin	TI	CHF 120.000
Waadt	VD	CHF 120.000
Wallis	VS	CHF 120.000
Uri	UR	CHF 120.000
Waadt	VD	CHF 50.000
Wallis	VS	CHF 120.000
Zug	ZG	CHF 120.000
Zürich	ZH	CHF 120.000

Mögliche Kosten die an der Quellensteuer verrechnet werden können (Tabelle ist nicht vollständig)

Kanton	Kennzeichen	Nachträgliche ordentliche Veranlagung
Aargau	AG	Schuldzinsen, Kinderbetreuung, Alimente, Säule 3 a, Unterhalt, gemeinnützige Zuwendungen, Ausbildungskosten
Appenzell Ausserrhoden	AR	Schuldzinsen, Kinderbetreuung, Aliment, Säule 3 a, Unterhalt, gemeinnützige Zuwendungen
Appenzell Innerrhoden	AI	Schuldzinsen, Kinderbetreuung, Alimente, Säule 3 a, Unterhalt, gemeinnützige Zuwendungen, Ausbildungskosten
Basel – Land	BL	Schuldzinsen, Kinderbetreuung, Alimente, Säule 3 a, Unterhalt, gemeinnützige Zuwendungen, Ausbildungskosten, Grundeigentum im Kanton
Basel – Stadt	BS	Schuldzinsen, Kinderbetreuung, Alimente, Säule 3 a, Unterhalt, gemeinnützige Zuwendungen, Ausbildungskosten, Grundeigentum im Kanton
Bern	BE	Nicht bekannt
Freiburg	FR	Kinderbetreuung, Alimente, Unterhalt, Säule 3 a, gemeinnützige Zuwendungen, Ausbildungskosten Grundeigentum im Kanton
Genf	GE	Kinderbetreuung, Alimente, Unterhalt, Säule 3 a, gemeinnützige Zuwendungen, Grundeigentum im Kanton
Glarus	GL	Schuldzinsen, Kinderbetreuung, Alimente, Säule 3 a, Unterhalt, gemeinnützige Zuwendungen, Ausbildungskosten
Graubünden	GR	Schuldzinsen, Kinderbetreuung, Alimente, Säule 3 a, Unterhalt, gemeinnützige Zuwendungen
Jura	JU	Schuldzinsen, Kinderbetreuung, Alimente, Säule 3 a, Unterhalt, gemeinnützige Zuwendungen, Grundeigentum im Kanton
Luzern	LU	Schuldzinsen, Kinderbetreuung, Alimente, Säule 3 a, Unterhalt, gemeinnützige Zuwendungen, Ausbildungskosten, Grundeigentum im Kanton
Neuchâtel	NE	Schuldzinsen, Kinderbetreuung, Alimente, Säule 3 a, Unterhalt, gemeinnützige Zuwendungen, Ausbildungskosten
Nidwalden	NW	Schuldzinsen, Kinderbetreuung, Alimente, Säule 3 a, Unterhalt, gemeinnützige Zuwendungen

Obwalden	OW	Schuldzinsen, Kinderbetreuung, Alimente, Säule 3 a, Unterhalt, gemeinnützige Zuwendungen, Ausbildungskosten, Grundeigentum im Kanton
St. Gallen	SG	Schuldzinsen, Kinderbetreuung, Alimente, Säule 3 a, Unterhalt, gemeinnützige Zuwendungen, Ausbildungskosten
Schaffhausen	SH	Schuldzinsen, Kinderbetreuung, Alimente, Säule 3 a, Unterhalt, gemeinnützige Zuwendungen
Solothurn	SO	Schuldzinsen, Kinderbetreuung, Alimente, Säule 3 a, Unterhalt, gemeinnützige Zuwendungen, Ausbildungskosten, Grundeigentum im Kanton
Schwyz	SZ	Schuldzinsen, Kinderbetreuung, Alimente, Säule 3 a, Unterhalt, gemeinnützige Zuwendungen, Ausbildungskosten Grundeigentum im Kanton
Thurgau	TG	Schuldzinsen, Kinderbetreuung, Alimente, Säule 3 a, Unterhalt, gemeinnützige Zuwendungen, Ausbildungskosten
Tessin	TI	Schuldzinsen, Kinderbetreuung, Alimente, Säule 3 a, Unterhalt, gemeinnützige Zuwendungen, Ausbildungskosten
Waadt	VD	Schuldzinsen, Kinderbetreuung, Alimente, Säule 3 a, Unterhalt gemeinnützige Zuwendungen, Ausbildungskosten, generell Grundeigentum bzw. Vermögen
Wallis	VS	Schuldzinsen, Kinderbetreuung, Alimente, Unterhalt, Säule 3 a, gemeinnützige Zuwendungen, Ausbildungskosten
Uri	UR	Schuldzinsen, Kinderbetreuung, Alimente, Unterhalt, Säule 3 a, gemeinnützige Zuwendungen, Ausbildungskosten, Grundeigentum im Kanton
Waadt	VD	Schuldzinsen, Kinderbetreuung, Alimente, Unterhalt, Säule 3 a, gemeinnützige Zuwendungen, Ausbildungskosten
Wallis	VS	Schuldzinsen, Kinderbetreuung, Alimente, Unterhalt, Säule 3 a, gemeinnützige Zuwendungen, Ausbildungskosten
Zug	ZG	Schuldzinsen, Kinderbetreuung, Alimente, Unterhalt, Säule 3 a, gemeinnützige Zuwendungen, Ausbildungskosten, Grundeigentum im Kanton
Zürich	ZH	Schuldzinsen, Kinderbetreuung, Alimente, Unterhalt, Säule 3 a, gemeinnützige Zuwendungen, Ausbildungskosten

Besteuerung Schweiz im Anschluss an die Quellensteuer

Das schweizerische Steuersystem für Aufenthalter, die zur ordentlichen Veranlagung herangezogen werden

Die Besteuerung für nicht mehr quellenbesteuerte Aufenthalter muss mit der jeweiligen kantonalen Quellensteuerbehörde abgestimmt werden.

Das Schweizer Steuersystem hat eine Dreiteilung – d. h. der Bund, die 26 Kantone und die rund 2.900 Gemeinden haben aufgrund ihrer jeweiligen Verfassung Steuern zu erheben.

Der Bund erhebt: Einkommensteuer, Gewinnsteuer, Verrechnungssteuer, Wehrpflichtersatz, Mehrwertsteuer, Stempelabgaben, Tabaksteuer, Biersteuer, die Besteuerung gebrannter Wasser, Mineralölsteuer, Automobilsteuer und Zölle (Ein- und Ausfuhrzölle).

Die Kantone erheben: Einkommens- und Vermögenssteuer, Kopf-, Personal- und Haushaltsteuer, Gewinn- und Kapitalsteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Vermögensgewinnsteuer, Handänderungssteuer, Motorfahrzeugsteuer, Hundesteuer, Vergnügungssteuer, Stempelsteuer, Wasserwerksteuer und diverse andere Steuern.

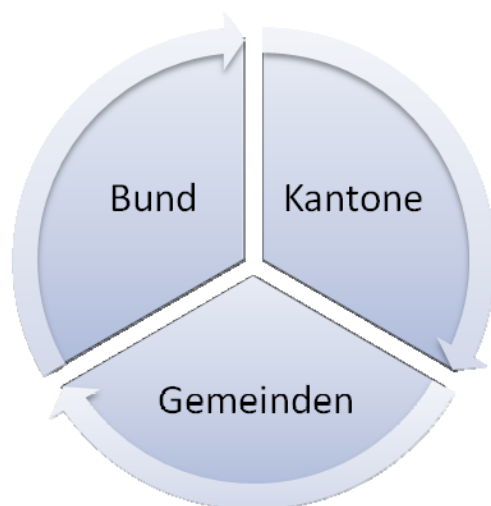
Die Gemeinden erheben: Einkommens- und Vermögenssteuer, Kopf-, Personal- und Haushaltsteuer, Gewinn- und Kapitalsteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Vermögensgewinnsteuer, Liegenschaftssteuer, Handänderungssteuer, Taxe professionnelle fixe, Hundesteuer, Vergnügungssteuer und diverse andere Steuern.

Das Einkommen des Aufenthalters mit B-Bewilligung wird in der Regel quellenbesteuert mit Ausnahme der o. g. Regelungen. Das Einkommen des Aufenthalters mit einer C-Bewilligung (Niederlassungsbewilligung) wird wie folgt besteuert.

Besteuert wird das gesamte Welteinkommen, jedoch nur insoweit, als es nicht im Wege der Freistellung bzw. durch die Anwendung eines Doppelbesteuerungsabkommens ausgenommen wird.

Erbschaft- und Schenkungssteuer wird vom Bund nicht erhoben, sondern durch die Kantone. Die Belastung richtet sich i.d.R. nach der Höhe der Erbschaft bzw. Schenkung und nach dem Verwandtschaftsgrad.

Die Kantone und Gemeinden erheben im Gegensatz zum Bund zusätzlich Vermögenssteuern auf das weltweite Vermögen. Ausgenommen sind dabei das im Ausland belegene unbewegliche Vermögen und die Wirtschaftsgüter einer ausländischen Betriebsstätte. Auch hier kann es je nach Kanton und Gemeinde zu erheblichen Unterschieden in der Steuerbelastung kommen.



Pauschal- und Aufwandsbesteuerung

Anstelle der Besteuerung des Einkommens besteht in der Schweiz auf Bundesebene und auf kantonaler Ebene die Möglichkeit, durch die Besteuerung nach dem Aufwand die Steuerlast nachhaltig zu reduzieren durch die so genannte Aufwands- oder Pauschalbesteuerung. Die Vorzüge der Pauschalbesteuerung liegen darin, dass nur ein Teil des Einkommens steuerlich erfasst wird. Dabei bleiben Einkünfte, die außerhalb der Schweiz erzielt werden, von der schweizerischen Besteuerung ausgenommen. Nichtschweizern, die in der Schweiz ihren steuerrechtlichen Wohnsitz oder Aufenthalt begründen und in der Schweiz keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, können unter Nachweis ausreichenden Vermögens mit den Finanzbehörden vereinbaren, nach dem Lebenshaltungsaufwand besteuert zu werden.

Grundsätzlich sind die Lebenshaltungskosten die steuerliche Bemessungsgrundlage. Da diese erfahrungsgemäß nur schwer ermittelbar sind, wird in der Praxis der Mietzins bzw. bei Eigentum der amtliche Mietwert zugrunde gelegt und mit einem bestimmten Faktor multipliziert.

Entscheidet sich der Ausländer für die Pauschalsteuer, so muss er lediglich sein bzw. ihr Bruttovermögen in der Schweiz und die Bruttoeinkünfte aus schweizerischen Quellen angeben. Keine Abgabepflicht besteht hingegen für sein bzw. ihr ausländisches Vermögen und seine bzw. ihre ausländischen Einkünfte.

Um die Anwendung abkommensrechtlicher Missbrauchsvorschriften zu vermeiden, empfiehlt es sich, die modifizierte Besteuerung nach dem Aufwand zu wählen. Hiernach werden die deutschen Einkünfte der ordentlichen Besteuerung unterworfen. Wird dies nicht beachtet, fällt die Person nicht unter den Schutz des DBA. Dies bedeutet unter anderem, dass ihre deutschen Einkünfte nicht nur für einen Zeitraum von fünf Jahren nach dem Jahr des Wegzugs, sondern für einen Zehnjahreszeitraum der deutschen Einkommensteuer unterliegen (erweitert beschränkte Steuerpflicht), sofern weiterhin wesentliche wirtschaftliche Interessen in Deutschland bestehen. Im Einzelfall kann es daher auch vorteilhafter sein, auf die Aufwandsbesteuerung zu verzichten.

Kein Abkommensschutz bei Pauschalbesteuerung

Das DBA enthält eine Regelung, die die Vorzüge der Beschränkung auf einige deutsche Quelleneinkünfte sowie die Vorteile der unbeschränkten Steuerpflicht in Deutschland (z.B. Ehegattensplitting) zunichtemacht, wenn der Auswandernde von der Möglichkeit der Pauschalbesteuerung Gebrauch macht, sofern in Deutschland noch ein Anknüpfungspunkt vorhanden ist. Danach gilt eine natürliche Person als dann nicht in der Schweiz ansässig, wenn sie dort bevorzugt besteuert wird. Als eine solche Vorzugsbesteuerung gilt insbesondere die pauschale Besteuerung nach dem Aufwand, da hierbei nicht alle Einkünfte besteuert werden, sondern nur der Lebenshaltungsaufwand. Die aus der Pauschalbesteuerung folgende Unabwendbarkeit des Abkommens führt dazu, dass sämtliche Einkünfte des Auswanderers aus der Schweiz sowie aus Drittstaaten, mit denen Deutschland kein Abkommen geschlossen hat, der Besteuerung durch Deutschland unterliegen. Dabei ist eine Anrechnung der in der Schweiz bezahlten Steuern möglich. Die aus der Pauschalbesteuerung folgende Unanwendbarkeit des Abkommens kann damit zu einer gravierenden steuerlichen Schlechterstellung gegenüber der ursprünglichen Situation führen.

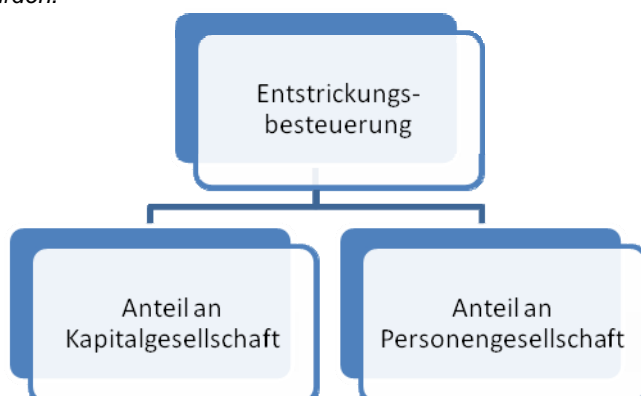
Abkommensschutz durch modifizierte Pauschalbesteuerung

Eine gravierende steuerliche Schlechterstellung kann der Auswanderungswillige vermeiden, wenn er die so genannte modifizierte Pauschalbesteuerung wählt. Danach werden alle nach schweizerischem Recht steuerbaren deutschen Einkünfte so behandelt, als wenn sie der ordentlichen schweizerischen Besteuerung unterliegen würden. Schädlich ist eine Pauschalbesteuerung nach dem DBA nur dann, wenn sie sich auf die aus „dem anderen Staat“, als der Bundesrepublik, stammenden Einkünfte bezieht. Erstreckt sich die Vorzugsbesteuerung ausschließlich auf schweizerische und oder auf Drittstaateneinkünfte und werden Quelleneinkünfte aus der Bundesrepublik normal besteuert, dann greift das Doppelbesteuerungsabkommen wieder, da die Pauschalbesteuerung sich nun nicht mehr auf deutsche Einkünfte erstreckt.

Entstrickungsbesteuerung

Der deutsche Gesetzgeber hat sich für eine Übergangsfrist bis zum Ende des zehnten Jahres nach dem Wegzugsjahr (also insgesamt elf Jahre) eine weitere Ausnahmeregelung vorbehalten, und zwar für den Fall, dass der Steuerpflichtige nennenswerte Einkünfte aus Deutschland bezieht, hier Vermögen hat oder hier (Mit-)Unternehmer ist. Dann ergeben sich steuerliche Nachteile bei Kapitaleinkünften, Einkünften aus deutschen Betriebsstätten bzw. aus der Vermietung deutscher Immobilien. Anwendung findet der deutsche Steuersatz in dem Maße, als wenn der Steuerpflichtige weiterhin unbeschränkt steuerpflichtig wäre (Progressionsvorbehalt).

Bei der Beendigung der unbeschränkten Steuerpflicht in Deutschland besteht grundsätzlich die Gefahr, dass der deutsche Fiskus stille Reserven besteuert, die ansonsten durch den Wegzug in die Schweiz seinem weiteren Zugriff entzogen würden.



Typische Fragestellungen

Nachfolgend typische Fragestellungen, die auftauchen, wenn in der Schweiz eine Beschäftigung aufgenommen und/oder in der Schweiz eine Wohnung genommen wird.

Welche Rechtsgrundlagen gibt es?

Die steuerliche Behandlung von Auswanderern, Wegzählern, Grenzgängern etc ist in zwischenstaatlichen Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) geregelt. Sinn dieser Abkommen ist die Vermeidung einer Doppelbesteuerung.

Eine überstaatliche Regelung auf EU- bzw. EWR-Ebene wie bei den Sozialversicherungen existiert nicht. Steuerfragen sind auch nicht Bestandteil der bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU.

Welche Bemessungsgrundlage gilt für Grenzgänger?

Bei Vorliegen der Ansässigkeitsbescheinigung bzw. der Verlängerung darf die Abzugsteuer 4,5 % des Bruttobetrags der Vergütungen nicht überschreiten. Für die Berechnung ist der Lohnzahlungszeitraum maßgebend. (idR Kalendermonat). Die Bemessungsgrundlage bestimmt sich nach dem jeweiligen nationalen Steuerrecht.

Wer ist Grenzgänger im steuerrechtlichen Sinn?

Der Begriff Grenzgänger ist im Doppelbesteuerungsabkommen Deutschland-Schweiz definiert. Als Grenzgänger gilt jede Person, die grenzüberschreitend zwischen Wohnort und Arbeitsort pendelt. Etwas anderes gilt nur, wenn eine Rückkehr an mehr als 60 Arbeitstagen nicht erfolgt.

Wo muss ich als Grenzgänger meine Steuern zahlen?

Grenzgänger zahlen in der Regel in Deutschland Steuern auf ihr schweizer Erwerbseinkommen. Im Doppelbesteuerungsabkommen ist aber festgelegt, dass die Schweiz einen pauschalen Prozentsatz von 4,5 % des Einkommens als sogenannte Quellensteuer einbehalten darf.

Wie habe ich als Grenzgänger die Steuern in Deutschland zu bezahlen?

Wenn Sie als Grenzgänger arbeiten, werden Steuerzahlungen in Deutschland über vierteljährliche Abschlagszahlungen fällig.

Welche Formalitäten sind notwendig?

Sie müssen sich bei Ihrem Finanzamt am Wohnsitz in Deutschland als Grenzgänger anmelden, indem sie einen Grenzgängerfragebogen ausfüllen. Dort wird Ihnen eine Ansässigkeitsbescheinigung (Vordruck Gre-1) ausgestellt, von der Sie unbedingt eine Ausfertigung beim Arbeitgeber in der Schweiz einreichen sollten. Dadurch wird sichergestellt, dass nur der Pauschalbetrag in Höhe von 4,5% des Lohns als Quellensteuer abgeführt wird. Außerdem müssen Sie einen Fragebogen ausfüllen, dem ein Nachweis über die Höhe des Lohns beizulegen ist. Verfügen Sie noch nicht über eine Lohnabrechnung oder einen Lohnausweis von Ihrem neuen Arbeitgeber, kann dies durch den Arbeitsvertrag geschehen. Aufgrund dieser Angaben werden die vierteljährlichen Vorauszahlungen für die Einkommensteuer berechnet. Diese werden jeweils zum 10. März, 10. Juni, 10. September und 10. Dezember fällig. Im Folgejahr sind Sie am Wohnsitz in Deutschland zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung verpflichtet. Die Abgabefrist endet am 31. Mai. Der Steuererklärung sind der Jahreslohnausweis und die für die Schweiz nicht benötigte Lohnsteuerkarte beizufügen. Die weiteren Einkommensteuervorauszahlungen werden aufgrund dieser Veranlagung ermittelt.

Wo ist mein Arbeitsort?

Arbeitsort ist regelmäßig der Ort, an dem der Arbeitnehmer in den Betrieb seines Arbeitgebers eingegliedert ist. Übt der Arbeitnehmer nicht nur an diesem Ort seine Tätigkeit aus (zB Berufskraftfahrer, Außendienstmitarbeiter), sind die Tage der auswärtigen Tätigkeit als Geschäftsreisen im Rahmen der Ermittlung der Nichtrückkehrtage zu würdigen. Ist der Arbeitnehmer nach seinem Arbeitsvertrag in mehr als einem Betrieb seines Arbeitgebers eingegliedert, so ist Arbeitsort der Ort, an dem er seine Arbeit überwiegend auszuüben hat.

Ist ein in D ansässiger Arbeitnehmer nach seinem Arbeitsvertrag verpflichtet, seine Arbeit an drei Wochen pro Monat in der Schweiz und eine Woche pro Monat in Deutschland oder Drittstaat auszuüben, ist sein Arbeitsort in der Schweiz. Liegt eine regelmäßige Rückkehr an seinen Wohnsitz vor, sind die Arbeitstage außerhalb der Schweiz als Geschäftsreisen im Rahmen der Nichtrückkehrtage zu würdigen.

Fahre ich täglich zwischen von meiner Wohnung in Deutschland zu meinem Arbeitsplatz in die Schweiz?

Falls ja, dann bin ich Grenzgänger.

Wie muss ich in diesem Fall dann Steuern bezahlen?

Die Schweiz darf den Arbeitslohn mit 4,5 % Steuern belasten. Gleichzeitig muss ich den schweizer Arbeitslohn in Deutschland ganz normal so besteuern, als ob ich diesen in Deutschland bezogen hätte. Allerdings wird die einbehaltene Quellensteuer von 4,5 % auf meine deutsche Steuer angerechnet. Ich bezahle also maximal so viel Steuer, als ob ich den Arbeitslohn in Deutschland bezogen hätte.

Wie wird die in der Schweiz gezahlte Steuer in Deutschland berücksichtigt?

Bei der Ermittlung der in Deutschland zu zahlenden Steuern wird der Pauschalbetrag in Höhe von 4,5% angerechnet. Hierzu benötigen Sie eine Bescheinigung vom Arbeitgeber über die abgeführte Quellensteuer.

Wie wird bei Grenzgängern die Doppelbesteuerung vermieden?

Liegen die Voraussetzungen der Grenzgänger vor, ist die Abzugsteuer höchstens mit 4,5 % der Bruttovergütung anzurechnen.

Die Anrechnung von Abzugsteuer bei der Veranlagung erfolgt jedoch nur dann, wenn eine gesonderte Steuerbescheinigung oder ein Steuerausweis auf den Lohnausweis über die einbehaltene Abzugsteuer vorgelegt wird. Dieser Nachweis ist auf Verlangen des Arbeitnehmers vom Arbeitgeber auszustellen.

Was besagt die Grenzgängerregelung?

Die Grenzgängerregelung besagt, dass die Schweiz eine begrenzte Steuer von 4,5 % der Bruttovergütung einbehalten darf. Die Begrenzung auf 4,5 % setzt allerdings voraus, dass Sie ihren Grenzgängerstatus sowie ihren Wohnsitz im anderen Staat aufgrund einer Bescheinigung der zuständigen Finanzbehörde nachweisen.

Die Doppelbesteuerung wird in der Schweiz wie in Deutschland vermieden, indem Deutschland als Wohnsitzstaat die in der Schweiz vom Grenzgänger erhobene begrenzte Steuer als Vorauszahlung auf die deutsche Einkommensteuer anrechnet.

Spielt es für die Grenzgängerregelung eine Rolle wie oft ich an meinen Wohnsitz zurückkehre?

Ja, die vorrangige Grenzgängerregelung scheidet dann aus, wenn man an mehr als 60 Arbeitstagen nicht an seinen Wohnsitz zurückkehrt.

Was ist, wenn mein schweizer Arbeitgeber mehr als 4,5 % Quellensteuer einbehalten hat.

Behält der Arbeitgeber bei einem Grenzgänger Quellensteuer von mehr als 4,5 % der Bruttovergütung ein (Nichtvorlage der Ansässigkeitsbescheinigung durch den Arbeitnehmer, unzutreffende Beurteilung der voraussichtlichen Nichtrückkehrtage durch den Arbeitgeber, Rechenfehler) erfolgt nur eine Anrechnung der Abzugsteuer in Höhe von 4,5 % der Bruttovergütungen. Stellt sich heraus, dass die schweizerische Steuer, die vom Lohn des deutschen Grenzgängers einbehalten wurde, in Abweichung von den Bestimmungen der Grenzgängerregelung zu hoch war, ist die Erstattung der Differenz in der Schweiz zu beantragen.

Was gilt bei Grenzgänger mit mehreren deutschen Wohnsitzen?

Grenzgängereigenschaft bleibt erhalten, gleichgültig, zu welchen Wohnsitz / Ort des gewöhnlichen Aufenthalts die regelmäßige Rückkehr erfolgt.

Welche Bedeutung hat die Ansässigkeitsbescheinigung?

Der Tätigkeitsstaat kann von den Vergütungen eine Quellensteuer von bis zu 4,5 % erheben, wenn die Ansässigkeit durch eine amtliche Bescheinigung der zuständigen Finanzbehörde des Ansässigkeitsstaats nachgewiesen wird. Die Quellensteuer wird nicht begrenzt, wenn dem Arbeitgeber eine solche Bescheinigung nicht vorgelegt wird.

Die Ansässigkeitsbescheinigung gilt jeweils für ein Kalenderjahr, bei Beschäftigungsaufnahme während des Jahres bis zum Ablauf des jeweiligen Kalenderjahrs. Die Bescheinigung für das jeweilige Folgejahr (Gre-2) wird dem Grenzgänger ohne Antrag von der zuständigen Steuerbehörde erteilt. Bei Arbeitgeberwechsel ist eine neue Bescheinigung zu beantragen.

Der Ansässigkeitsstaat kann die Erteilung der Ansässigkeitsbescheinigung nur dann verweigern, wenn die Person die Voraussetzung eines Grenzgängers nicht erfüllt.

Wo bekomme ich die Ansässigkeitsbescheinigung?

Die Ansässigkeitsbescheinigung bekommen Sie von Ihrem Wohnsitzfinanzamt.

Was gilt bei Grenzgängern, wenn die Ansässigkeitsbescheinigung nicht vorliegt?

Liegt dem Arbeitgeber keine Ansässigkeitsbescheinigung bzw. keine Verlängerung vor oder ist der Arbeitnehmer aufgrund seiner Nichtrückkehrtage an den Wohnsitz kein Grenzgänger, ist die Lohnsteuer ausschließlich nach innerstaatlichen Vorschriften zu berechnen.

Wenn dem Arbeitgeber im Zeitpunkt der Lohnzahlung keine gültige Ansässigkeitsbescheinigung bzw. Verlängerung vorliegt, muss er die volle Steuer und nicht nur 4,5 % einbehalten.

Wie weise ich dem deutschen Finanzamt meine schweizer Einkünfte nach?

Dies hat durch einen Lohnausweis auf amtlichen Vordruck der schweizerischen Steuerverwaltung zu erfolgen, wobei Spesenvergütungen durch die Arbeitgeber stets im Detail auszuführen sind.

Kann ich die AHV-Beiträge steuerlich geltend machen?

Geleistete Altersvorsorgeaufwendungen können grundsätzlich als Vorsorgeaufwendungen im Rahmen von Sonderausgaben geltend gemacht werden.

Wo muss ich meine Renten besteuern, wenn ich in der Schweiz lebe?

Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung (Deutsche Rentenversicherung) werden in der Schweiz besteuert.

Was versteht man unter Quellensteuer?

Die Quellensteuer ist eine Steuer auf Einkünfte, die direkt an der Quelle erhoben und abgeführt wird. Im Falle von Grenzgängern handelt es sich um den Pauschalabzug bzw. die Lohnsteuer, die vom Arbeitgeber einbehalten und an das zuständige Finanzamt abgeführt wird. In Deutschland ist dies das normale Lohnsteuerabzugsverfahren für alle unselbstständig Beschäftigten.

In der Schweiz wird die Steuer auf den Arbeitslohn bei Grenzgängern und sonstigen ausländischen Arbeitnehmern ohne Niederlassungsbewilligung als Quellensteuer erhoben.

Was bedeutet Progressionsvorbehalt?

In Deutschland werden höhere Bruttoeinkommen mit einem höheren Steuersatz belegt als geringere Einkommen. Dieses Prinzip nennt man Progression. Wenn Sie im Wohnsitzstaat Deutschland über ein zusätzliches Einkommen verfügen oder Ihr Ehepartner dort erwerbstätig ist und Sie gemeinsam zur Einkommensteuer veranlagt werden, wird für die Ermittlung des Steuersatzes, der auf dieses deutsche Einkommen anzuwenden ist, auch das Erwerbseinkommen aus der Schweiz mitberücksichtigt. Es wird ein höherer Steuersatz angewendet als es ohne die ausländischen Einkünfte der Fall wäre. Daher sind trotz Steuerfreistellung die Einkünfte aus der Auslandstätigkeit im Wohnsitzstaat anzugeben.

Kann es vorkommen, dass dasselbe Einkommen in Deutschland und gleichzeitig in der Schweiz besteuert wird?

In der Regel findet keine doppelte Besteuerung desselben Einkommens statt. In dem Doppelbesteuerungsabkommen Deutschland-Schweiz sind die Verfahren zur Vermeidung einer doppelten Besteuerung festgelegt. Entweder wird der gezahlte Steuerbetrag bei der Ermittlung der Steuerschuld in Deutschland angerechnet (Anrechnungsverfahren) oder die Einkünfte sind in Deutschland unter Progressionsvorbehalt ganz von der Besteuerung freigestellt.

Was ist der Unterschied zwischen unbeschränkter und beschränkter Steuerpflicht?

Unbeschränkt steuerpflichtig sind Sie normalerweise im Wohnsitzstaat. Das bedeutet, dass Sie dort mit Ihrem gesamten Welteinkommen zur Steuerzahlung herangezogen werden, also unabhängig davon, ob es sich um inländische oder ausländische Einkünfte handelt oder ob diese Einkünfte im Ausland bereits besteuert wurden. Eine Doppelbesteuerung wird jedoch durch das DBA vermieden. Als unbeschränkt Steuerpflichtiger können Sie verschiedene Steuervergünstigungen in Anspruch nehmen wie beispielsweise günstigere Steuerklassen für Verheiratete, Sonderausgabenabzug oder bestimmte Freibeträge.

Beschränkt steuerpflichtig ist eine in der Schweiz lebende Person, wenn sie bestimmte Einkünfte wie z.B. Mieteinnahmen in Deutschland hat.

Welche Rolle spielt die Staatsangehörigkeit?

Die Staatsangehörigkeit spielt für die Besteuerung grundsätzlich keine Rolle. Sie kann allerdings dann bedeutsam sein, wenn es darum geht, ob Deutschland oder der Schweiz das Besteuerungsrecht zugestanden wird, um damit eine Doppelbesteuerung zu vermeiden.

Ich arbeite in der Schweiz, wohne aber weiterhin in Deutschland. Wo muss ich Steuern zahlen?

Das hängt davon ab, ob Sie sogenannter Wochenaufenthalter (Rückkehr am Wochenende) sind oder Grenzgänger (tägliche Rückkehr).

Sie sind Grenzgänger und zahlen Steuern in Deutschland. In der Schweiz wird jedoch ein Pauschalbetrag in Höhe von 4,5% des Bruttolohns als Quellensteuer einbehalten, was vom deutschen Finanzamt berücksichtigt wird.

Ich übernachte unter der Woche an den Arbeitstagen in der Schweiz und fahre am Wochenende zu meiner Familie nach Deutschland

Wochenaufenthalter, die während der Arbeitswoche in der Schweiz wohnen, werden wie sonstige Grenzgänger behandelt, wenn eine tägliche Rückkehr an den deutschen Wohnsitz zumutbar ist.

Nicht zumutbar ist eine tägliche Rückkehr, wenn

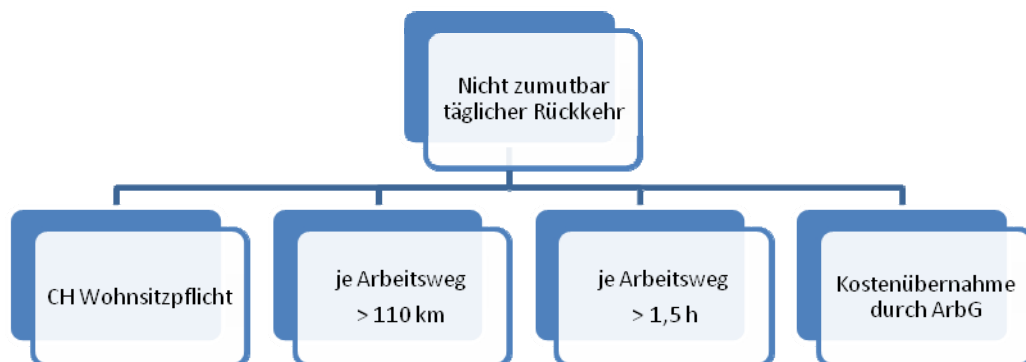
- für den Arbeitnehmer eine rechtliche Wohnsitzpflicht in der Schweiz besteht,
- die Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsort mehr als 110 km beträgt,
- der Arbeitsweg mehr als 1,5 Stunden pro Weg dauert,
- der Arbeitgeber die Wohn- und Übernachtungskosten in der Schweiz trägt.

Eine Besteuerung in der Schweiz zum vollen Quellensteuertarif erfolgt, wenn eine Person an mehr als 60 Tagen im Jahr (60 Tage Regelung, Formular Gre 3) aus beruflichen Gründen nicht an ihren deutschen Wohnsitz zurückkehren kann. Geschäftsreisen in Drittstaaten zählen dabei als Nichtrückkehrtage.

Oder

Als Wochenaufenthalter unterliegen Sie der schweizer Besteuerung, wenn nicht eine tägliche Rückkehr zumutbar ist.

In Deutschland ist Ihr Einkommen unter Progressionsvorbehalt steuerfrei, d.h. es wird lediglich ihr persönlicher Steuersatz erhöht.

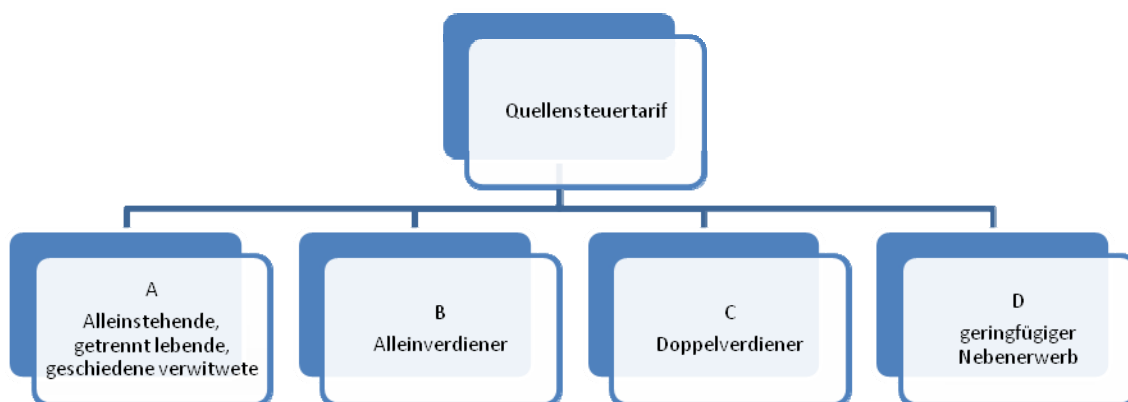


Wer unterliegt der schweizer Besteuerung zum vollen Quellensteuertarif?

In der Schweiz werden als beschränkt Steuerpflichtige voll besteuert: Arbeitnehmer aus Deutschland, die an mehr als 60 Arbeitstagen (60 Tage Regelung, Formular Gre 3) im Jahr arbeitsbedingt nicht an ihren deutschen Wohnsitz zurückkehren können oder bei denen eine tägliche Rückkehr nicht zumutbar ist (Wochenaufenthalter).

Wie wird die zu zahlende Steuer in der Schweiz ermittelt?

Die Einkommenssteuer setzt sich in der Schweiz aus den Gemeindesteuern, den kantonalen Steuern und der direkten Bundessteuer zusammen. Sie wird bei Arbeitnehmern mit Wohnsitz im Ausland als Quellensteuer vom Arbeitgeber an die Steuerverwaltungen abgeführt. Es gibt 4 verschiedene Quellensteuertarife. Eingetragene Lebensgemeinschaften werden Ehen gleichgestellt.



Die einzelnen Kantone haben unterschiedliche Quellensteuertarife. Innerhalb eines Tarifs steigt der Steuersatz mit dem Einkommen.

www.lohnabzuege.de/nettolohnberechnung.htm

Welche Abzugsmöglichkeiten bestehen in der Schweiz?

In den ordentlichen Quellensteuertarifen sind Pauschalabzüge für Berufsunkosten, allgemeine Sozialabgaben, Versicherungsprämien sowie Freibeträge je nach familiärer Situation (Kinder, Unterhalt usw.) berücksichtigt. Eine Anrechnung von individuellen Fahrtkosten findet bei Grenzgängern nicht statt.

Wie funktioniert das mit der deutschen Abgeltungsteuer, wenn ich in der Schweiz wohne?

Der Zinsabschlag hat bei beschränkter Steuerpflicht grundsätzlich abgeltende Wirkung. Die auszahlende Stelle hat auf Verlangen eine Steuerbescheinigung auszustellen. Nur mittels dieser Steuerbescheinigung kann der beschränkt Steuerpflichtige die Erstattung des Zinsabschlags durch das Bundesamt für Finanzen erlangen, wenn die Zinsen nach dem DBA keiner oder nur einer geringeren Besteuerung im Inland unterliegen. Freistellungs- und Kontrollmeldeverfahren kommen beim Zinsabschlag nicht in Betracht.

Was besagt die Monteurklausel?

Der Grundsatz, dass die Einkünfte aus unselbständiger Arbeit im Ansässigkeitsstaat (Deutschland) zu besteuern sind, steht unter dem Vorbehalt, dass die Arbeit im anderen Staat (Schweiz) ausgeübt wird. Unter gewissen konkret umschriebenen Voraussetzungen weist das DBA D-CH das Besteuerungsrecht ungeachtet des Ortes der Arbeitsausübung (Schweiz) dem Ansässigkeitsstaat (Deutschland) zu.

Die Freistellung von der Besteuerung im Arbeitsstaat (Schweiz) aufgrund des ausschließlichen Besteuerungsrechtes des Ansässigkeitsstaates (Deutschland) ist an drei Voraussetzungen gebunden, die kumulativ erfüllt sein müssen:

- Der Empfänger darf sich im entsprechenden Kalenderjahr insgesamt nicht länger als 183 Tage in dem anderen Staat (Schweiz) aufhalten.
- Die Vergütungen müssen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im Arbeitsstaat (Schweiz) ansässig ist.
- Schließlich dürfen die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im Arbeitsstaat hat.

Sofern diese drei Voraussetzungen vorliegen, steht das Besteuerungsrecht für die Arbeitsentgelte nicht dem Tätigkeitsstaat (Schweiz), sondern weiterhin dem Wohnsitzstaat (Deutschland) des Arbeitnehmers zu.

Leitende Angestellte sind angeblich durch das DBA begünstigt, stimmt das?

Trotz Ansässigkeit in Deutschland kann, wer als Vorstandsmitglied, Direktor, Geschäftsführer oder Prokurist einer in der Schweiz ansässigen Kapitalgesellschaft tätig ist, mit den Einkünften aus dieser Tätigkeit in der Schweiz besteuert werden. Handlungsbevollmächtigte sind demzufolge keine leitenden Angestellte im Sinne des DBA.

Was versteht man unter einer Auswärtstätigkeit? Ich habe da mal von einer 46-Tage-Regelung gehört?

Eine beruflich veranlasste Auswärtstätigkeit liegt vor, wenn der Arbeitnehmer vorübergehend außerhalb seiner Wohnung und an keiner seiner regelmäßigen Arbeitsstätten beruflich tätig wird.

Eine regelmäßige Arbeitsstätte ist der ortsgebundene Mittelpunkt der dauerhaft angelegten beruflichen Tätigkeit des Arbeitnehmers, unabhängig davon, ob es sich um eine Einrichtung des Arbeitgebers handelt. Regelmäßige Arbeitsstätte ist insbesondere jede ortsfeste dauerhafte betriebliche Einrichtung des Arbeitgebers, der der Arbeitnehmer zugeordnet ist und die er mit einer gewissen Nachhaltigkeit immer wieder aufsucht. Nicht maßgebend sind Art, Umfang und Inhalt der Tätigkeit. Von einer regelmäßigen Arbeitsstätte ist auszugehen, wenn die betriebliche Einrichtung des Arbeitgebers vom Arbeitnehmer durchschnittlich im Kalenderjahr an einem Arbeitstag je Arbeitswoche aufgesucht wird. Davon kann vorliegend ausgegangen werden.

Sucht der Arbeitnehmer eine ortsfeste dauerhafte betriebliche Einrichtung des Arbeitgebers mit einer gewissen Nachhaltigkeit, durchschnittlich einmal arbeitswöchentlich (in der Regel: 52 Wochen – 6 Wochen Urlaub = 46 Arbeitswochen / Kalenderjahr) auf, dann wird diese zu seiner regelmäßigen Arbeitsstätte. Sollte der Arbeitnehmer mehrere Arbeitgebereinrichtungen durchschnittlich einmal arbeitswöchentlich aufsuchen, begründet der Arbeitnehmer an jeder dieser Arbeitgebereinrichtungen eine regelmäßige Arbeitsstätte. Falls die betriebliche Einrichtung planmäßig an mindestens 46 Tagen jährlich aufgesucht werden soll, liegt eine regelmäßige Arbeitsstätte vor. Dies gilt auch dann, wenn die 46 Tage „planwidrig“ nicht erreicht werden. Umgekehrt führt eine Tätigkeit im Betrieb von mindestens 46 Tagen im Kalenderjahr zur unwiderlegbaren Annahme einer regelmäßigen Arbeitsstätte, auch wenn diese Tätigkeit in einem solchen Umfang nicht geplant wird.

Ich bekomme eine Abfindung, wo ist diese zu versteuern?

Streitig, aber nach Verwaltungsauffassung ist vorrangiges abzustellen auf den Charakter der Abfindung, d.h.

Versorgungscharakter: Behandlung als Ruhegehalt im Ansässigkeitsstaat zum Zeitpunkt der Zahlung.

Nachzahlung von Tätigkeitsvergütungen sowie Zahlungen für das frühere Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis: Besteuerungsrecht des früheren Einsatzstaats bzw. – falls die Tätigkeit in beiden Vertragsstaaten ausgeübt wurde und die Abfindung die in beiden Staaten ausgeübte Tätigkeit abgilt – anteiliges Besteuerungsrecht des Einsatz- und des Ansässigkeitsstaats.

Welcher Umrechnungskurs gilt?

Maßgeblich ist der Umrechnungskurs bei tatsächlichem Zufluss, d.h. sobald der Arbeitnehmer darüber verfügen kann. Lohnzahlungen sind bei Zufluss anhand der von der Europäischen Zentralbank veröffentlichten monatlichen Durchschnittsreferenzkurse (=Umsatzsteuer-Umrechnungskurse) in EURO umzurechnen; dementsprechend sind auch in Schweizer Franken geleistete Ausgaben bei Abfluss in EURO umzurechnen.

Muss eigentlich eine gemeinsame Einkommensteuererklärung erstellt werden? Ich erziele kein Einkommen in Deutschland und meine Frau erzielt selbst kein Einkommen: Gibt es eine Gerinfüigkeitsgrenze?

Eine Veranlagung ist durchzuführen, wenn die Einkünfte, die nach Doppelbesteuerungsabkommen in Deutschland steuerfrei sind, aber dem Progressionsvorbehalt unterliegen, EUR 410 überschreiten.

Wie sieht die Lohnbescheinigung in der Schweiz aus?

A		Lohnausweis – Certificat de salaire – Certificato di salario			
B		Rentenbescheinigung – Attestation de rentes – Attestazione delle rendite			
C				F Unentgeltliche Beförderung zwischen Wohn- und Arbeitsort Transport gratuit entre le domicile et le lieu de travail Trasporto gratuito dal domicilio al luogo di lavoro	
AHV-Nr. – No AVS – N. AVS		Neue AHV-Nr. – Nouveau No AVS – Nuovo N. AVS			
D		E		G Kantinenverpflegung/Lunch-Checks Repas à la cantine/chèques-repas Pasti alla mensa/buoni pasto	
Jahr – Année – Anno		von – du – dal bis – au – al			
H					
<p>1. Lohn soweit nicht unter Ziffer 2–7 aufzuführen / Rente Salaire qui ne concerne pas les chiffres 2 à 7 ci-dessous / Rente Salario se non da indicare sotto cifre da 2 a 7 più sotto / Rendita</p> <p>2. Gehaltsnebenleistungen 2.1 Verpflegung, Unterkunft – Pension, logement – Vitto, alloggio + Prestations salariales accessoires 2.2 Privatanteil Geschäftswagen – Part privée voiture de service – Quota privata automobile di servizio + Prestazioni accessorie al salario 2.3 Andere – Autres – Altre + Art – Genre – Genere</p> <p>3. Unregelmässige Leistungen – Prestations non périodiques – Prestazioni aperiodiche Art – Genre – Genere +</p> <p>4. Kapitalleistungen – Prestations en capital – Prestazioni in capitale Art – Genre – Genere +</p> <p>5. Beteiligungsrechte gemäss Beiblatt – Droits de participation selon annexe – Diritti di partecipazione secondo allegato +</p> <p>6. Verwaltungsratsentschädigungen – Indemnités des membres de l'administration – Indennità dei membri di consigli d'amministrazione +</p> <p>7. Andere Leistungen – Autres prestations – Altre prestazioni Art – Genre – Genere +</p> <p>8. Bruttolohn total / Rente – Salaire brut total / Rente – Salario lordo totale / Rendita =</p> <p>9. Beiträge AHV/IV/EO/ALV/NBUV – Cotisations AVS/AI/APG/AC/AANP – Contributi AVS/AI/IPG/AD/AINP –</p> <p>10. Berufliche Vorsorge 2. Säule 10.1 Ordentliche Beiträge – Cotisations ordinaires – Contributi ordinari – Prévoyance professionnelle 2^e pilier 10.2 Beiträge für den Einkauf – Cotisations pour le rachat – Contributi per il riscatto – Previdenza professionale 2^o pilastro 10.3 Beiträge für den Einkauf – Cotisations pour le rachat – Contributi per il riscatto –</p> <p>11. Nettolohn/Rente – Salaire net/Rente – Salario netto/Rendita ➔ = In die Steuererklärung übertragen – A reporter sur la déclaration d'impôt – Da riportare nella dichiarazione d'imposta</p> <p>12. Quellensteuerabzug – Retenue de l'impôt à la source – Ritenuta d'imposta alla fonte</p> <p>13. Spesenvergütungen – Allocations pour frais – Indennità per spese Nicht im Bruttolohn (gemäss Ziffer 8) enthalten – Non comprises dans le salaire brut (au chiffre 8) – Non comprese nel salario lordo (sotto cifra 8)</p> <p>13.1 Effektive Spesen 13.1.1 Reise, Verpflegung, Übernachtung – Voyage, repas, nuitées – Viaggio, vitto, alloggio Frais effectifs 13.1.2 Übrige – Autres – Altre Spese effettive Art – Genre – Genere</p> <p>13.2 Pauschalspesen 13.2.1 Repräsentation – Représentation – Rappresentanza Frais forfaitaires 13.2.2 Auto – Voiture – Automobile Spese forfettarie Art – Genre – Genere</p> <p>13.3 Beiträge an die Weiterbildung – Contributions au perfectionnement – Contributi per il perfezionamento</p> <p>14. Weitere Gehaltsnebenleistungen Art Autres prestations salariales accessoires Genre Altre prestazioni accessorie al salario Genere</p> <p>15. Bemerkungen Observations Osservazioni</p>					
		<p>I Ort und Datum – Lieu et date – Luogo e data</p> <p>Die Richtigkeit und Vollständigkeit bestätigt inkl. genauer Anschrift und Telefonnummer des Arbeitgebers Certifié exact et complet y.c. adresse et numéro de téléphone exacts de l'employeur Certificato esatto e completo compresi indirizzo e numero di telefono esatti del datore di lavoro</p>			

605.040.18N Form. 11

Kann ich der deutschen Besteuerung mit der sog. 60-Tage-Regelung entgehen?

Die 60-Tage-Regelung kommt nur zum Tragen, wenn ich an mehr als 60 Tagen im Jahr aus beruflichen Gründen nicht an meinen deutschen Wohnsitz zurückkehren kann. Privat veranlasste Übernachtungen in der Schweiz zählen leider nicht dazu. Ich entkomme der deutschen Besteuerung also nur, wenn ich als an mehr als 60 Tagen aus beruflichen Gründen nicht an meinen deutschen Wohnsitz zurückkehren kann. Nur für diesen Fall unterliegt der bezogene Arbeitslohn der schweizer Besteuerung, während er in Deutschland nur dem sog. Progressionsvorbehalt unterliegt..

Was versteht man unter der sog. 60-Tage-Regelung?

Grenzgänger ist die Person, die grenzüberschreitend zwischen Wohnort (Deutschland) und Arbeitsort (Schweiz) pendelt. Als Folge rechnet Deutschland als Wohnsitzstaat die in der Schweiz vom Grenzgänger erhobene begrenzte Steuer als Vorauszahlung auf die deutsche Einkommensteuer an. Etwas anderes gilt nur, wenn eine Rückkehr aus beruflichen Gründen an mehr als 60 Arbeitstagen nicht erfolgt.

Was sind Nichtrückkehrtage?

Tage, an denen der Arbeitnehmer aufgrund einer anderweitigen (selbständigen) Tätigkeit nicht an seinen Wohnsitz zurückkehrt, sind keine Nichtrückkehrtage. Solche Tage können nicht bei der Berechnung der Nichtrückkehrtage angesetzt werden. Bei der Berechnung der Nichtrückkehrtage sind auch Arbeitstage in der Bundesrepublik Deutschland zu berücksichtigen.

Wie ist der Nachweis der Nichtrückkehrtage zu erbringen?

Stellt der Arbeitgeber am Ende des Jahres oder bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses während des Kalenderjahres fest, dass die Grenzgängereigenschaft aufgrund der entsprechenden Nichtrückkehrtage entfällt, hat er die Nichtrückkehrtage zu bescheinigen.

Gilt die Bestimmung zu den Nichtrückkehrtagen auch beim Bereitschaftsdienst?

Ein Arbeitnehmer mit Wohnsitz in Deutschland und Arbeitsort in der Schweiz, der an mehr als 60 Arbeitstage nicht an seinen deutschen Wohnsitz zurückkehrt, unterliegt dennoch als Grenzgänger der deutschen Besteuerung, wenn die Nichtrückkehr auf die Wahrnehmung eines gelegentlichen Nachtbereitschaftsdienstes zurückzuführen ist.

Was gilt bei voraussichtlicher Nichtrückkehr von mehr als 60 Tagen?

Ist für den Arbeitgeber voraussehbar, dass der Grenzgänger bei ganzjähriger Beschäftigung an mehr als 60 Tagen pro Kalenderjahr – bei zeitweiser Beschäftigung während des Kalenderjahres nach entsprechender Kürzung – aus beruflichen Gründen nicht an seinen Wohnsitz zurückkehren wird, ist der Tätigkeitsstaat vorläufig berechtigt, Quellensteuern entsprechend seinem nationalem Recht zu erheben. Der Arbeitgeber hat dies dem Grenzgänger formlos zu bescheinigen mit dem Hinweis, dass die detaillierte Aufstellung der Tage der Nichtrückkehr nach Ablauf des Kalenderjahrs oder, wenn das Arbeitsverhältnis früher beendet wird, zum Ende des Arbeitsverhältnisses mit dem Vordruck Gre-3 zur Vorlage bei der Steuerbehörde bescheinigt wird.

Wie war das nochmal mit der 60-Tage-Grenze?

Als Nichtrückkehrtage kommen nur Arbeitstage in Betracht, die im persönlichen Arbeitsvertrag des Arbeitnehmers vereinbart sind.

Samstage, Sonn- und Feiertage können daher nur in Ausnahmefällen zu den maßgeblichen Arbeitstagen zählen, z.B. wenn der Arbeitgeber die Arbeit an diesen Tagen ausdrücklich anordnet und hieran anknüpfend i.d.R. entweder einen Freizeitausgleich oder zusätzliche Bezahlung dafür gewährt.

Ein Nichtrückkehrtag ist nicht schon deshalb anzunehmen, weil sich die Arbeitszeit der einzelnen an seinem Arbeitsort entweder bedingt durch die Anfangszeiten oder durch die Dauer der Arbeitszeit über mehr als einen Kalendertag erstreckt. Kurzfristige Arbeitszeitunterbrechungen von weniger als vier Stunden beenden den Arbeitstag nicht.

Gilt die 60-Tage-Regelung auch bei mehreren Arbeitsverhältnissen in der Schweiz?

Die Berechnung der 60 Tage ist ebenso bei Arbeitnehmern, die in der Schweiz bei mehreren Arbeitgebern angestellt sind, vorzunehmen. Die Voraussetzungen der Grenzgängereigenschaft sind für jedes Arbeitsverhältnis getrennt zu beurteilen. Nichtrückkehrtage sind dem jeweiligen Arbeitsverhältnis nach ihrer überwiegenden Veranlassung zuzuordnen. Eine mehrfache Berücksichtigung findet nicht statt.

Was gilt bei Nichtrückkehr aufgrund der Arbeitsausübung?

Tage der Nichtrückkehr sind nur dann zu berücksichtigen, wenn diese Nichtrückkehr aufgrund der Arbeitsausübung (aus beruflichen Gründen) erfolgt. Eine Nichtrückkehr aufgrund der Arbeitsausübung liegt namentlich dann vor, wenn die Rückkehr an den Wohnsitz aus beruflichen Gründen nicht möglich oder nicht zumutbar ist.

Bei einer Arbeitsunterbrechung von vier bis sechs Stunden ist eine Rückkehr an den Wohnsitz zumutbar, wenn die für die Wegstrecke von der Arbeitsstätte zur Wohnstätte benötigte Zeit (hin und zurück) mit den in der Regel benutzten Transportmitteln nicht mehr als 20 % der Zeit der Arbeitsunterbrechung beträgt.

Krankheits- und unfallbedingte Abwesenheiten gelten nicht als Tage der Nichtrückkehr. Die Tage der Nichtrückkehr bestimmen sich nach der Anzahl der beruflich bedingten Übernachtungen bzw. der beruflich bedingten Nichtrückkehr bei Arbeitsunterbrechung von mindestens vier Stunden. Z.B: Ein Grenzgänger unternimmt eine Geschäftsreise, die eine auswärtige Übernachtung im Tätigkeitsstaat oder Ansässigkeitsstaat bedingt. Es liegt ein Tag der Nichtrückkehr vor.

Gilt die 60-Tage-Grenze auch bei einem Arbeitgeberwechsel?

Findet ein Arbeitgeberwechsel innerhalb eines Kalenderjahres in der Schweiz statt, erfolgt die Kürzung der 60-Tage-Grenze bezogen auf das jeweilige Arbeitsverhältnis.

Arbeitnehmer mit Wohnsitz in Deutschland arbeitet bis zum 30.4.2012 in der Schweiz. Im Februar/März wird er für seinen Arbeitgeber für sechs Wochen in der Schweiz tätig, wobei er jeweils am Montag anreist und am Samstag zurückfährt. In dieser Zeit (6 x 5 Tage) kehrt er aus beruflichen Gründen nicht an seinen Wohnsitz in Deutschland zurück. Vom 1.5. – 31.10.2012 arbeitet Arbeitnehmer in Deutschland und zum 1. 11.2012 beginnt er wieder in der Schweiz zu arbeiten. In der Zeit vom 01.11.-31.12.2012 kehrt Arbeitnehmer wegen einer Dienstreise im Tätigkeitsstaat aus beruflichen Gründen nicht an seinen Wohnsitz zurück.

Bei seinem ersten Arbeitsverhältnis, das vier volle Monate dauerte, liegen 30 beruflich bedingte Übernachtungen (= 30 Tage der Nichtrückkehr) vor. Eine regelmäßige Rückkehr wird jedoch nur bei bis zu 20 Tagen Nichtrückkehr (4 Monate x 5 Tage) unterstellt. Arbeitnehmer ist also bezüglich dieses Arbeitsverhältnisses nicht als Grenzgänger anzusehen. Im zweiten Arbeitsverhältnis (Dauer zwei Monate) liegen lediglich vier beruflich bedingte Übernachtungen (= 4 Tage der Nichtrückkehr) vor. In diesem Arbeitsverhältnis unterschreitet er die Grenze von zehn Tagen (2 Monate x 5 Tage) und ist deshalb als Grenzgänger anzusehen.

Was ist bei Teilzeitbeschäftigten im Rahmen der 60-Tage-Regelung zu beachten?

Bei einem Teilzeitbeschäftigten, der nur tageweise im anderen Staat beschäftigt ist, ist die Anzahl von 60 unschädlichen Tagen durch proportionale Kürzung herabzusetzen. Bezugsgrößen sind hierbei die im jeweiligen Arbeitsvertrag vereinbarten Arbeitstage zu den bei Vollbeschäftigung betriebsüblichen Arbeitstagen. Bei einer 5-Tage-Woche ist von 250 betriebsüblichen Arbeitstagen, bei einer 6-Tage-Woche von 300 betriebsüblichen Arbeitstagen auszugehen. Urlaubstage sind bei beiden Rechengrößen aus Vereinfachungsgründen nicht abzuziehen.

Der in Deutschland wohnhafte Teilzeitbeschäftigte arbeitet ganzjährig zwei Tage pro Woche in der Schweiz. An 23 Tagen kehrt er aus beruflichen Gründen nicht an seinen Wohnsitz zurück

- a) Im Betrieb ist eine 5-Tage-Woche üblich
Unschädlich sind bei 25 ($60 \times 2 \times 52 / 250$) Nichtrückkehrtage
- b) Im Betrieb ist eine 6-Tage-Woche üblich
Unschädlich sind bei 21 ($60 \times 2 \times 52 / 300$) Nichtrückkehrtage

Fragekatalog der Finanzverwaltung bei Wegzug in die Schweiz

Wie dieser Fallkatalog zeigt, sind Streitfragen bei der Frage der Ansässigkeit sehr häufig. Die deutsche Finanzverwaltung verschickt zur Ermittlung objektiver Kriterien in Verständigungsverfahren einen Fragenkatalog der u.a. folgende Anfragen enthalten kann:

- Wie groß sind die Wohnungen in Deutschland und in der Schweiz?
- Erlauben Größe und Ausstattung der jeweiligen Wohnung einen ständigen Aufenthalt?
- Bitte nähere Angaben zur Zahl der Zimmer, Ausstattung, Größe und Lage der Wohnanlage.
- Wie lange hielt/hält sich die Person in der jeweiligen Wohnung tatsächlich auf?
- Wurde/wird die jeweilige Wohnung bei Abwesenheit der Person durch andere Personen genutzt?
- Die tatsächliche Nutzung der Wohnung kann durch Belege über den Verbrauch von Wasser und Energie sowie über die Benutzung des Telefons nachgewiesen werden (Rechnungen / Kontoauszüge).
- Wurden/werden für die Zeiten der jeweiligen Abwesenheit Zustellungsbevollmächtigte bestellt bzw. ein Nachsendeantrag bei der Post hinterlegt?
- Welche Anschrift wurde/wird für Zeitschriftenabonnements bzw. andere wiederkehrende Lieferungen oder Leistungen verwendet?
- Wo fanden in Krankheitsfällen Behandlungen statt?
- Welche verwandtschaftlichen Beziehungen bestanden/bestehen in beiden Staaten?
- Bestanden/bestehen besondere persönliche Beziehungen zu Personen in einem der beiden Staaten?
- Welche Mitgliedschaften in Parteien, Vereinen oder Verbänden bestehen in Deutschland und welche in der Schweiz?
- Wo wurde/wird ein Kfz gehalten?
- Wurde die deutsche Wohnung aufgegeben? Kündigung bzw. Vermietungs- bzw. Verkaufsabsichten dokumentieren.
- Falls bei Wegzug in die Schweiz die deutsche Wohnung beibehalten wurde, Gründe dafür darlegen.
- Mietverträge bei Wegzug in der Schweiz sowie Mietzahlungen der schweizerischen Wohnung belegen
- Wie wurde das Umzugsgut befördert?
- Bestehen Sondervereinbarungen für Abwesenheitstage (Reinigungs-, Kehrdienst).
- Bei einem geltend gemachten Wegzug des Steuerpflichtigen in die Schweiz können u.U. folgende ergänzende Fragen zur Sachverhaltsermittlung gestellt werden:
- Wurde die inländische Wohnung aufgegeben?
- Falls ja, Kündigung bei angemieteter Wohnung bzw. Vermietungs-Verkaufsabsichten bei Wohnungseigentum durch geeignete Nachweise darlegen..
- Falls nein, Gründe für die Beibehaltung der deutschen Wohnung darlegen.
- Legen Sie bitte die Mietverträge sowie Nachweise über die Mietzahlungen der schweizerischen Wohnung bei.
- Wie wurde das Umzugsgut befördert? Bitte Nachweise über die Beförderung sowie die Verzollung an der Grenze (Zollerklärung über das Übersiedlungsgut) beifügen.
- Sofern Sie ein Kfz haben, legen Sie bitte die Standortverlegungsmeldung bei.

Fallbeispiel

32 Jahre alt verheiratet, Frau nicht berufstätig, 1 Junge geb. 2007, 1 Mädchen geb. 2010
Arbeitgeber: CIO Schweizer Konzern, Dübendorf
Gehalt: 170.000 CHF, 30.000 CHF Bonus

Grenzgänger bzw. Wochenaufenthalter mit festen Wohnsitz in Deutschland:
(Entfernung 136km, >1,5h)

Für mich kommt definitiv die >60 Tage Regelung

→ Besteuerung in der Schweiz

Szenario 1:

Bruder wohnt in Zürich, Altstetten und lässt mich bei sich unter der Woche wohnen

-Reicht ein Untermietvertrag als Nachweis für die >60 Tage Regelung?

→ Überweisung/Kto.Auszug

-Muss ich dann den Zweitwohnsitz bei ihm anmelden?

→ steuerlich unerheblich

-Welche steuerlichen Nachteile entstehen meinem Bruder?

→ Vermietungseinkünfte

-Welche zusätzlichen Kosten kommen auf ihn zu? Steuer, Müll die er auf mich umlegen kann?

→ richtig

Szenario 2:

Ich suche mir eine Wohnung für Montag bis Freitag und melde meinen Zweitwohnsitz in der Schweiz an.

Kann die Miete und Nebenkosten als Nachweis für die >60 Tage Regelung nachweisen.

→ richtig

Szenario 3:

Ich gehe unter der Woche in eine Pension, so habe ich aber keinerlei Zweitwohnsitz in der Schweiz.

Ich kann die Rechnung für die 60-Tage-Regelung nachweisen.

→ richtig

Was bedeuten die Szenarien für die Versteuerung in Deutschland?

Ich muss das gesamte Einkommen in der Schweiz versteuern und in Deutschland die Einkommensteuererklärung machen und für die Progressionsberechnung das Gesamteinkommen über Gehaltsabrechnung in EUR umgerechnet nachweisen.

→ ja

Ich muss ein Formular Gre 3 über die >60 Tage abgeben inkl. Nachweise?

→ bzw Arbeitgeber muss unterschreiben

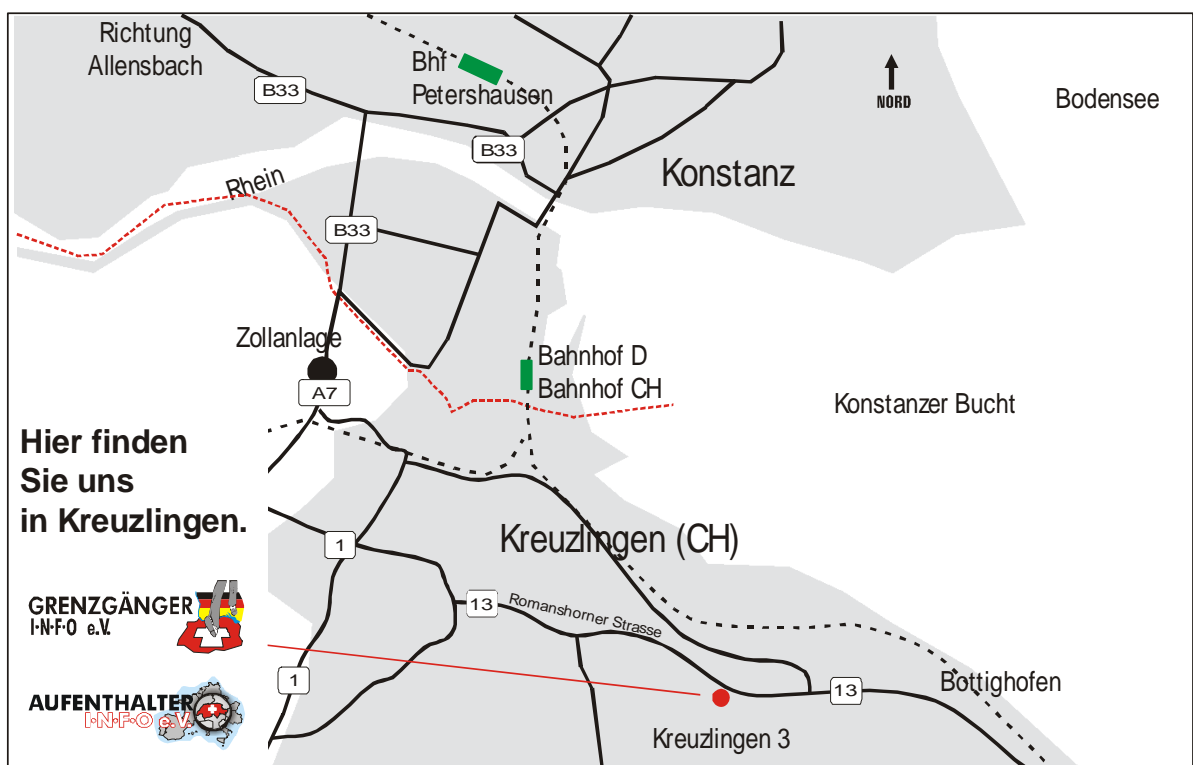
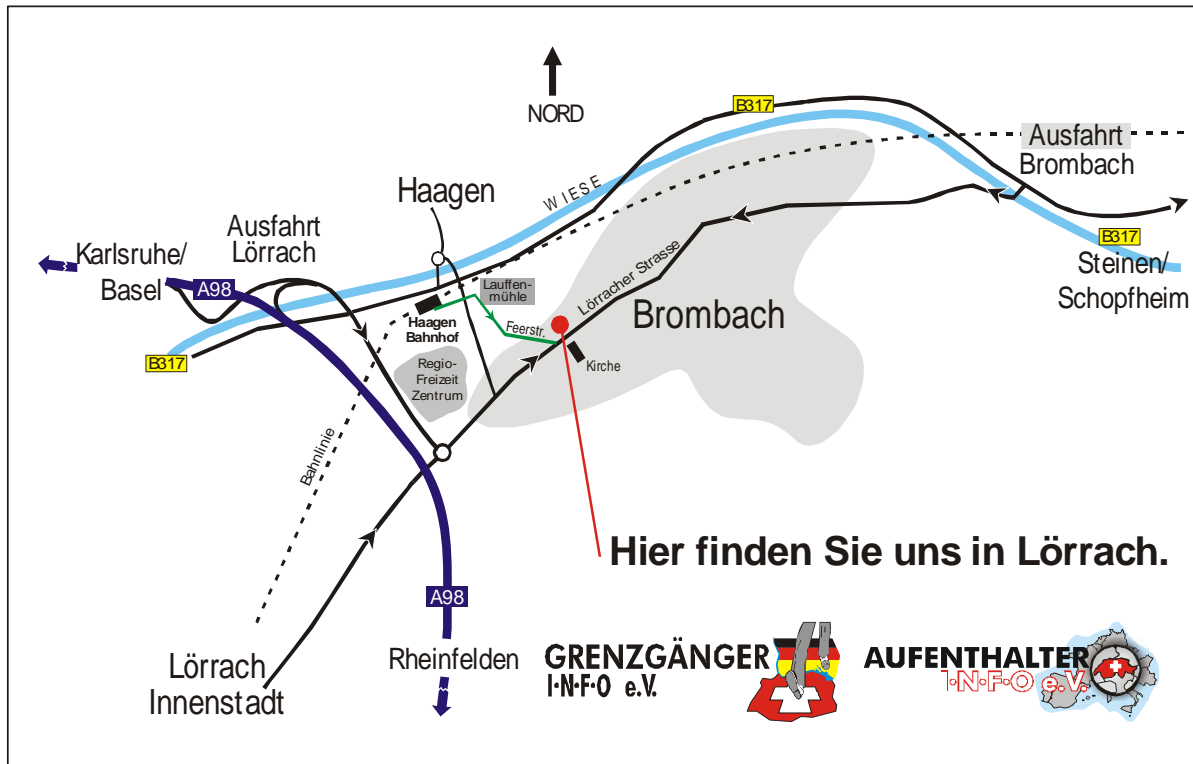
Wie wird der Nachweis über die Übernachtung in der Schweiz geführt? Einfache Liste?

→ Fahrtenbuch, Kalender, Notizen, Übernachtungsbelege und Formular Gre 3

Beim Firmenwagen wird kein Fahrtenbuch geführt, sondern die 0,8% Privatanteil-Versteuerung. Wenn doch Fahrtenbuch, reicht das als Nachweis für die >60 Tage? Nein

Wenn ich im Werk in Göppingen oder Senden in Deutschland bin, dann zählen diese Tage durch die vielen Urteile nicht zu den >60 Tagen?

→ Arbeitsausübung in Deutschland führt zur Versteuerung in Deutschland



Deutschland direkt – zügig mit dem ICE ab Zürich, Bern und Basel.



 **SBB CFF FFS**

Täglich 34 Direktverbindungen mit ICE oder Eurocity aus der Schweiz z. B. nach München, Stuttgart, Berlin, Hamburg, Frankfurt am Main und Köln. Weitere Informationen unter www.db-schweiz.ch und an allen Bahnverkaufsstellen in der Schweiz. **Die Bahn macht mobil.**